NATO Brief

Ein starker Anker für die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten

NR. 4
WINTER1998
ERSCHEINUNGSWEISE VIERTELJÄHRLICH

Y 9001 F

Inhalt

Nr. 4 Winter 1998 - Jahrgang 46

Brief des Generalsekretärs

3 Ein starker Anker für die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten

Algirdas Saudargas

4 Die Sicherheit des Ostseeraums ist die Sicherheit Europas

Simon Lunn

8 Der parlamentarische Arm der NATO als Förderer der Ziele des Bündnisses

Ernest Petrič

13 Von Madrid nach Washington: Die Bemühungen Sloweniens um die Mitgliedschaft

Generalleutnant Mario da Silva

16 Die Umsetzung des Konzepts der alliierten Streitkräftekommandos

Michael Rühle

20 Ein weiterer Blick auf die Rolle der NATO im europäischen Sicherheitsumfeld

Alberto Bin

24 Die Stärkung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum: Der Beitrag der NATO

Robert Kennedy

28 Die Ausbildung von Führungskräften für das 21. Jahrhundert: Eine Momentaufnahme des Marshall-Centers für Sicherheitsstudien

Oberstleutnant Rainer Scholl

32 Die NATO Training Group: Ausbildung in der Allianz

Titelbild: *NATO Graphics Studio*

Die NATO im Blickpunkt

12 *Die NATO erhält in der Kosovo-Frage den Druck auf Serbien aufrecht*

23 *Neuer Ständiger Vertreter Frankreichs*

26 *Neuer Beigeordneter NATO-Generalsekretär für das Sicherheitsinvestitionsprogramm, Logistik und zivile Notfallplanung*

29 *Neuer Ständiger Vertreter Luxemburgs*

30 *Neuer Ständiger Vertreter Islands*

33 *Neuer Ständiger Vertreter Deutschlands*

35 *Historischer Besuch: Schiffe der NATO laufen St. Petersburg an*

Hinweis für unsere Leser

Der Index der 1998 im NATO BRIEF veröffentlichten Artikel erscheint in der Ausgabe 1/1999

Chefredakteur: Keir Bonine
Produktionsassistenz: Felicity Breeze

NATO Office of Information and Press
B-1110 Brüssel
Fax: 00 32 27 07 45 79
E-Mail: NATODOC@HQ.NATO.INT

NATO Review und andere NATO-Veröffentlichungen sind in auch verfügbar über World Wide Web HTTP://WWW.NATO.INT/

Gesamtherstellung:
SZ Offsetdruck-Verlag
Herbert W. Schallowetz GmbH,
53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V., Am Burgweiher 12, 53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.
Der NATO BRIEF wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Probleme herausgegeben. Die im NATO BRIEF veröffentlichten Beiträge stellen nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

NATO-VERÖFFENTLICHUNGEN

Der NATO BRIEF erscheint vierteljährlich auch in: Dänisch - NATO Nyt; Französisch - Revue de l'OTAN; Englisch - NATO Review; Italienisch - Notizie NATO; Niederländisch - NAVO Kroniek; Spanisch - Revista de la OTAN; Tschechisch; Griechisch - Deltio NATO; Norwegisch - NATO Nytt; Polnisch - Przeglad NATO; Portugiesisch - Noticias de OTAN; Türkisch - NATO Dergisi; Ungarisch - NATO Tükör. In isländischer Sprache (NATO Fréttir) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus, darunter:

- Dokumentation über das Bündnis
- wirtschaftliche und wissenschaftliche Publikationen

Die Publikationen sind vorrätig in den offiziellen NATO-Sprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung, wie z. B. „Tatsachen und Dokumente“ und „NATO Handbuch“.

Der NATO BRIEF wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung,
Welckerstraße 11, 53113 Bonn

an Interessenten abgegeben. Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und - bei gezeichneten Artikeln - der Namensnennung des Verfassers.

Alle Fotos in dieser Ausgabe stammen, wenn nicht anders angegeben, von der NATO.

ISSN 0255-3813

Herausgeber: Peter Daniel – Layout: NATO Graphics Studio

Brief des Generalsekretärs

Ein starker Anker für die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten

Die anhaltende Instabilität auf dem Balkan, politische und wirtschaftliche Krisen in Rußland und Asien, instabile Finanzmärkte – alle diese Faktoren haben zu der weitverbreiteten Ansicht beigetragen, daß wir wehrlose Opfer von Ereignissen sind, die sich unserer Kontrolle entziehen. Die Öffentlichkeit und auch die Fachleute meinen, unsere moderne Gesellschaft werde nun der Geister, die sie rief, nicht mehr Herr; jedes Problem wird als weiterer Baustein eines strategischen Umfelds verstanden, das durch Unruhen und Instabilität gekennzeichnet ist.

Diese Vorstellungen sind völlig falsch. Veränderungen mögen zwar häufig zu unerwünschten Folgen führen, aber dieser Umstand ist kein ausreichender Grund, vor jeder Veränderung Angst zu haben. Wir können die Ereignisse nämlich mit unserer Gesellschaft gestalten, anstatt ihnen einfach zum Opfer zu fallen. Wir haben schließlich aus der Geschichte gelernt. Wir haben Instrumentarien geschaffen, die unseren Vorgängern fehlten. Vor allem haben wir verstanden, daß Sicherheit in einem umfassenden, aktiven Sinn zu begreifen ist und wir von der Wahrung der Sicherheit zu ihrer aktiven Förderung übergehen müssen, wenn sie von Dauer sein soll.

Das Atlantische Bündnis handelt im Einklang mit diesen Überlegungen. Unsere Politik und unsere Initiativen sind auf die langfristige Entwicklung der euro-atlantischen Sicherheit ausgerichtet. Jede dieser Initiativen ist ein weiterer Schritt in Richtung auf eine Sicherheitsarchitektur, in der man Problemen mit kooperativen, umfassenden Lösungsansätzen entgegentritt.

- *Der Erweiterungsprozeß der NATO beseitigt beispielsweise alte Trennmauern und führt zu größerer Zuversicht in den östlichen Demokratien. Er bietet jetzigen und künftigen Beitrittskandidaten einen starken Anreiz, den Weg der Reformen weiterzugehen und bilaterale Probleme mit ihren jeweiligen Nachbarn zu lösen. Die Erweiterung ist also ein wichtiges Instrument zur kooperativen Steuerung des Wandels.*

- *Die Politik der NATO, die Zusammenarbeit mit Rußland auszubauen, zielt darauf ab, geeignete Beziehungen für die Verfolgung gemeinsamer Interessen herzustellen und einen Stabilitätsanker für Krisenfälle zu schaffen. Es handelt sich folglich um eine langfristige Investition in die Sicherheit des gesamten euro-atlantischen Raumes.*

- *Die Beziehungen der NATO zu Nichtmitgliedstaaten, die dank der Partnerschaft für den Frieden und des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates immer enger werden, tragen zur Erarbeitung gemeinsamer Strategien für die Bewältigung von Krisen und die Wahrung des Friedens sowie für die Entwicklung solider zivil-militärischer Beziehungen und die Aufstellung transparenter Verteidigungshaushalte bei. Diese Rahmenstrukturen unterstützen zudem die Bewältigung des langfristigen Wandels im gesamten euro-atlantischen Raum.*

- *Durch ihren Beitrag zum Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität fördert die NATO sowohl eine größere Geschlossenheit der Europäer als auch eine bessere Tragfähigkeit der transatlantischen Beziehungen, wobei eine Umschichtung von Aufgaben erfolgt. Dies wird gewährleisten, daß die entscheidend wichtige transatlantische Bindung stark bleibt, wenn wir gemeinsam nach Lösungsansätzen für die vor uns liegenden „harten" Sicherheitsprobleme (z.B. Waffenproliferationsfragen, regionale Konflikte) suchen.*

- *Die nun enger gewordenen Beziehungen der NATO zu anderen Organisationen, insbesondere zu den Vereinten Nationen, der OSZE und der WEU, werden ein geschlossenes Vorgehen dieser Organisationen gegenüber neuen Sicherheitsaufgaben fördern und ihren Einfluß auf die langfristige Gestaltung des strategischen Umfelds stärken.*

In ihrer Gesamtheit haben die genannten Initiativen bereits eine Verbesserung der sicherheitspolitischen Dynamik Europas bewirkt. Die NATO und ihre Partnerstaaten wahren den Frieden in Bosnien und schaffen somit die Voraussetzungen dafür, daß andere Organisationen wie die OSZE und die Europäische Union den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Prozesse auf dem Weg zu einer dauerhaften politischen Aussöhnung unterstützen können. Die NATO und ihre Partnerstaaten sind zudem aktiv daran beteiligt, solide politische und militärische Rahmenbedingungen für die Entschärfung der Krise im Kosovo zu schaffen.

Wenn wir unsere Sicherheit auch im nächsten Jahrhundert gewährleisten wollen, wird es nicht reichen, daß wir uns einfach vor den Gefahren dieser Welt abschirmen. Nur eine entschlossene Politik des gezielten Wandels kann die nötige Stabilität herbeiführen. Die NATO hat die richtigen politischen Grundsätze. Sie ist für die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten zu einem starken Stabilitätsanker geworden. Sie bietet uns unverändert die beste Chance, unsere Sicherheit auch im nächsten Jahrhundert zu gewährleisten.

Foto: AP

Javier Solana

Die Sicherheit des Ostseeraums ist die Sicherheit Europas

Algirdas Saudargas,
Außenminister Litauens

Litauen hat im Hinblick auf die Förderung der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum und den Ausbau der Beziehungen zu den euro-atlantischen Institutionen eine führende Rolle übernommen. Als Vorsitzender des Rates der Ostseestaaten bemüht es sich z.B., das Vertrauen zwischen den Ostseeanrainern zu stärken, und zugleich steht es an der Spitze der Hilfsmaßnahmen für den zu Rußland gehörenden Königsberger Raum. Nach Ansicht des litauischen Außenministers Algirdas Saudargas müssen diese regionalen Bemühungen mit umfassenderen gesamteuropäischen Bemühungen koordiniert werden, denn die Sicherheit und Stabilität des Ostseeraums ist untrennbar mit der Sicherheit ganz Europas verbunden.

Algirdas Saudargas im September 1998 in Wilna während der Konferenz über die euro-atlantische Integration. (Foto: ELTA)

Seit Litauen am Ende des Kalten Krieges seine Unabhängigkeit wiedererlangte (1991), hat es sich für Stabilität und Zusammenarbeit im Ostseeraum eingesetzt. Wir haben unsere wirtschaftlichen und politischen Reformen mit Erfolg durchgeführt und müssen uns nicht mehr mit Grenzstreitigkeiten oder Problemen nationaler Minderheiten auseinandersetzen. Wir haben in unserer Region auf bilateraler und multilateraler Ebene partnerschaftliche Beziehungen gefördert oder selbst initiiert und arbeiten derzeit – insbesondere im Königsberger Raum – auf konstruktive Beziehungen zu Rußland hin.

Für uns ist es nur natürlich, daß sich Litauen in diesem Klima des Vertrauens und des guten Willens darum bemüht, am Fortschritt Europas teilzuhaben, einschließlich der derzeitigen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Integration. Der Ostseeraum ist ein fester Bestandteil Europas und der sich neu herausbildenden europäischen Sicherheitsarchitektur. Was unsere Aussichten auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) und der NATO betrifft, so sind wir nach wie vor optimistisch, und dieser Optimismus ist seinerseits ein Katalysator für weitere Reformen wie auch für regionale Initiativen der Zusammenarbeit.

Von der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu europäischer Zusammenarbeit

Der Ostseeraum ist ein geographisches Gebiet, das durch enge kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen sowie durch ein starkes Identitätsbewußtsein gekennzeichnet ist, das sich im Laufe vieler Jahrhunderte entwickelt hat. Zugleich war diese Region Schauplatz einer turbulenten Geschichte, da europäische Großmächte immer wieder versucht haben, strategischen und ideologischen Einfluß auszuüben, und dabei grundlegende Menschenrechte mißachtet worden sind. Die kleineren Staaten der Region sind wiederholt von ihren größeren Nachbarn besetzt und unterdrückt worden, so daß sie unverhältnismäßig viel Not und Leid ertragen mußten. Die Erblast dieses Jahrhunderts, vor allem die Erblast des Kalten Krieges, ist für den Ostseeraum eine besonders schwere Bürde.

Uns ist klar, daß sich in der jetzigen neuen Zeit Vertrauen und Sicherheit im Ostseeraum nicht von den Bemühungen um die Stärkung der gesamteuropäischen Sicherheit loslösen lassen. Es gibt keine isolierte Sicherheit des Ostseeraums, und es kann keine von den Ostseestaaten getrennte europäische Sicherheit geben. Wir gehören alle ein und demselben Sicherheitsraum an und müssen die gleichen grundlegenden Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der OSZE-Dokumente einhalten.

Diese Unteilbarkeit der Sicherheit beruht auf einer gemeinsamen europäischen Geschichte, gemeinsamen demokratischen Werten und dem gemeinsamen Wunsch, ein stabileres, sichereres und berechenbareres Europa zu schaffen. Die Art der Probleme, mit der man im Ostseeraum – und in Europa insgesamt – konfrontiert ist, erfordert eine regionale, europäische und transatlantische Zusammenarbeit.

Wir sind uns zwar darüber im klaren, daß unsere Region nicht durch eine direkte militärische Gefahr bedroht ist, aber illegale Einwanderung, organisierte Kriminalität, Drogenhandel und Umweltprobleme sind ernste Herausforderungen. Statt den vagen, mutmaßlichen Gefahren sollten wir diesen ganz realen Gefahren entgegentreten, und dies ist auch die Ansicht der Öffentlichkeit. Eine Meinungsumfrage, die im März 1998 in Litauen, Lettland und Estland von der Gallup-Tochter *Baltic Surveys* durchgeführt wurde, ließ erkennen, daß sich die Öffentlichkeit durch innere Gefahren direkter bedroht fühlte als durch äußere. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung aller drei Staaten nannte Kriminalität und Korruption als größte Gefahr für die Stabilität. Die andere große Sorge bestand laut den Aussagen der Umfrageteilnehmer erwar-tungsgemäß in der Instabilität Rußlands.

Die Fortschritte in Richtung auf die regionale und gesamteuropäische Integration haben dazu beigetragen, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Wir meinen, daß durch die breite Rahmenstruktur der bestehenden euro-atlantischen Institutionen, wie z.B. der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Europäischen Union, der NATO, des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates sowie des regionalen Rates der Ostseestaaten, Transparenz, Vertrauen und Dialog im Ostseeraum gefördert und verbessert werden sollten.

Neben der Arbeit mit gesamteuropäischen Institutionen hat Litauen eine führende Rolle in bezug auf regionale Kooperationsbemühungen übernommen. Dazu zählen unsere strategische Partnerschaft mit Polen, die trilaterale Zusammenarbeit der baltischen Staaten, die nordisch-baltische Zusammenarbeit der „5+3“,[1]) die aktive Teilnahme an der Arbeit des Rates der Ostseestaaten und nicht zuletzt die BALTSEA-Initiative zur Koordinierung der sicherheits- und verteidigungsrelevanten Hilfe für die Staaten unserer Region. Diese verschiedenen Formen der regionalen Zusammenarbeit leisten in Verbindung mit unseren konstruktiven Beziehungen zu Rußland einen wichtigen Beitrag zur Stabilität im gesamten euro-atlantischen Raum.

Der Rat der Ostseestaaten

Im Juni 1998 übernahm Litauen den Vorsitz des Rates der Ostseestaaten, eines der wichtigsten regionalen Gremien zur Förderung der Stabilität des Ostseeraums. Der Rat der Ostseestaaten wurde im März 1992 in Kopenhagen gegründet, und zu seinen Mitgliedern zählen die elf Staaten Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rußland und Schweden sowie die Europäische Kommission. Der Rat der Ostseestaaten tritt einmal jährlich auf der Ebene der Außenminister zusammen, und der Vorsitz wechselt jährlich nach dem Rotationsprinzip. Zwischen den Sitzungsperioden führt der Ausschuß Hoher Beamter die Geschäfte; er wird von dem in Stockholm ansässigen Sekretariat des Rates unterstützt. Es handelt sich um ein regionales Forum von einzigartigem Charakter, das gutnachbarschaftliche Beziehungen, politische Stabilität sowie die Demokratisierung und die soziale Entwicklung des Ostseeraums fördern kann.

Algirdas Saudargas (links) und der litauische Verteidigungsminister Česlovas Stankevičius (rechts) begleiten NATO-Generalsekretär Javier Solana während dessen Besuch in Wilna im Juni 1998. (Foto: ELTA)

(1)
Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden sowie die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen.

Die Regierungschefs der Mitglieder des Rates der Ostseestaaten im Januar 1998 während eines Fototermins anläßlich des Gipfeltreffens ihrer Organisation in Riga, Lettland. (Foto: ELTA)

Der Rat der Ostseestaaten hat einen hohen politischen Wert und verfügt im Hinblick auf konkrete politische Maßnahmen über ein beeindruckendes Potential. Wir sind davon überzeugt, daß der Rat zur Durchsetzung positiver Veränderungen in unserer Region beitragen sowie Stabilität und Vertrauen unter unseren Nachbarstaaten fördern kann; dies zählt auch zu den wichtigsten Prioritäten der Außenpolitik Litauens. Ich setze mich dafür ein, daß während unseres Vorsitzes im Rat der Ostseestaaten die praktische Zusammenarbeit in unserer Region zunimmt.

Die Prioritätenliste des Rates umfaßt u.a. die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit (insbesondere Investitionsförderung und Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben), die Entwicklung einer Verkehrs- und Energieversorgungsinfrastruktur sowie die Zusammenarbeit auf den Gebieten Inneres, Justiz und Zivilschutz. Außerdem umfaßt die Liste die Bereiche Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie und Tourismus. Unter dem Vorsitz Litauens werden die damit verbundenen grenzüberschreitenden subregionalen Kooperationsbemühungen weiterhin unterstützt werden. Von entscheidender Bedeutung ist zudem, daß wir – insbesondere durch die gemeinsame Finanzierung von Projekten – die weitere Beteiligung der EU an dieser Art der subregionalen Zusammenarbeit sicherstellen.

Darüber hinaus schaffen wirtschaftliche, politische und soziale Reformen in den der EU beitretenden Staaten ein günstiges Umfeld für den Ausbau der praktischen Zusammenarbeit im Rahmen des Rates der Ostseestaaten. Die Annäherung zwischen dem Ostseeraum und der EU hat sich positiv auf die Zusammenarbeit aller Staaten der Region ausgewirkt und wird nachdrücklich befürwortet. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, daß die auf unsere Region ausgerichtete EU-Initiative der „Nördlichen Dimension“ weitere Fortschritte macht, vor allem in Bereichen, in denen sich die Aktivitäten der EU und die Arbeit des Rates der Ostseestaaten ergänzen, d.h. auf den Gebieten Umwelt, Handel, Verkehr und Energie.

Institutionelle Regelungen könnten zwar bei der Förderung der Zusammenarbeit und des Vertrauens eine Rolle spielen, aber es sind auch zahlreiche andere, nichtbürokratische Mittel in Erwägung zu ziehen, z.B. Kontakte zwischen Angehörigen der verschiedenen Staaten. Als politische Entscheidungsträger sollten wir nie vergessen, daß Beziehungen zwischen Staaten in erster Linie Beziehungen zwischen den Bürgern unserer Länder sind. Daher kommt es darauf an, möglichst viele unterschiedliche Gruppen in den Prozeß der Vertrauensbildung einzubeziehen. Veranstaltungen wie Seminare, Konferenzen, Round-table-Diskussionen und andere informelle Begegnungen führen Teilnehmer aus verschiedenen Ländern zusammen, die häufig unterschiedliche Perspektiven in die Gespräche einbringen. Litauen hat mit Experten, Regierungsvertretern und Parlamentariern der Region bereits mehrere Veranstaltungen dieser Art organisiert.

Die Beziehungen zwischen Gesetzgebern der verschiedenen Staaten sind für diesen Prozeß ebenfalls wichtig. In vielen Fällen, so z.B. bei der Zusammenarbeit mit Polen und dem zu Rußland gehörenden Königsberger Raum, spielen litauische Parlamentarier eine bedeutende oder sogar führende Rolle, wenn es darum geht, zu ihren Kollegen in diesen beiden Nachbarstaaten enge persönliche Kontakte und institutionelle Beziehungen herzustellen.

Die Beziehungen zu Rußland

Litauen hat ganz gezielt versucht, Rußland in regionale Sicherheitskonzepte einzubeziehen. Die gegenwärtige Krise in Rußland läßt eine gewisse regionale Verwundbarkeit erkennen und macht deutlich, daß wir einen Ausbau der praktischen Zusammenarbeit und eine Stärkung der Solidarität mit unseren russischen Nachbarn fördern müssen.

Valdas Adamkus, der Präsident Litauens, hat erklärt, daß die konstruktive Einbindung der russischen Gebiete um Königsberg und St. Petersburg in das umfassendere Netz der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu den Prioritäten unseres Vorsitzes im Rat der Ostseestaaten zählt. Litauen begrüßt sehr die aktive Teilnahme der Russischen Förderation an der Arbeit des Rates und hofft, daß sich die bisherige Zusammenarbeit in den Bereichen Politik und Wirtschaft sowie bei sozialen, bildungspolitischen, ökologischen und rechtlichen Fragen weiter in die richtige Richtung entwickeln wird.

Besonders große Bedeutung mißt Litauen der Einbeziehung des Königsberger Raums in die Rahmenstruktur des Rates der Ostseestaaten sowie dem Ausbau der EU-Projekte in diesem Raum bei. Unserer Meinung nach wird ein höherer Grad an sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung im Königsberger Raum den Integrationsprozeß im Ostseeraum insgesamt stärken. Als Reaktion auf zahlreiche Anfragen von Institutionen, Organisationen und städtischen Behörden des Königsberger Raums haben wir Königs-berg humanitäre Hilfe im Wert von 5 Millionen Litas (1,25 Mill. US-Dollar) gewährt. Im September l998 erfolgte die erste Lieferung von Arzneimitteln an den Ärzteverband der Region. Als Vorsitzender des Rates der Ostseestaaten fordere ich andere Mitgliedstaaten des Rates auf, ihre verschiedenen Verwaltungsbezirke zu einer engeren Zusammenarbeit mit den Regionen der Russischen Föderation sowie zu einer angemessenen Reaktion auf Anfragen örtlicher Behörden zu ermutigen.

Auch Litauen hat die Zusage des russischen Präsidenten begrüßt, den Umfang der russischen Land- und Seestreitkräfte im Königsberger Raum um 40 Prozent zu verringern. Dies ist ein bedeutender Schritt in Richtung auf die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und den Ausbau gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Staaten. Wir unsererseits haben russische Beobachter im Juli 1998 zur Teilnahme an der Militärübung *Baltic Challenge 98* eingeladen und andere Maßnahmen zur Förderung der Transparenz getroffen. Ferner haben wir Kontakte zwischen örtlichen Zivilschutzstellen in die Wege geleitet.

Im März 1998 gab der litauische Präsident Valdas Adamkus eine Grundsatzerklärung zu den Beziehungen zu Rußland ab, in der er eine Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der internationalen organisierten Kriminalität wie auch bei der Bewältigung von Umweltproblemen forderte. Die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Verbesserung der Verfahren an den Grenzen und zur besseren Regulierung des Stroms von Asylbewerbern würde dazu beitragen, diese Probleme zu lösen. Der litauische Präsident hob dabei auch hervor, wie wichtig es sei, neben dem Dialog und der Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen nichtstaatlichen Organisationen und den Parlamentariern wirtschaftliche Kontakte im privaten Sektor zu fördern.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) werden in Verbindung mit der Entwicklung von Selbstverteidigungsfähigkeiten und Rüstungskontrollmaßnahmen ebenfalls eine wichtige Rolle für die Förderung von Sicherheit und Stabilität in der gesamten Region spielen. Valdas Adamkus hat bereits die Bereitschaft Litauens hervorgeboben, alle interessierten OSZE-Staaten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit über Truppenbewegungen zu informieren, selbst wenn sie unterhalb der Grenze liegen, die nach den Bestimmungen des *Wiener Dokumentes* von 1994 eine Notifikation erforderlich macht. Darüber hinaus bieten wir unseren Nachbarstaaten nun zusätzliche Möglichkeiten zur Inspektion und Verifikation unserer militärischen Daten. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zu Erhöhung der Transparenz und des Vertrauens unter den Staaten der Region.

Seit den Initiativen, die der russische Präsident Boris Jelzin im vergangenen Jahr im Hinblick auf den Ausbau vertrauensbildender Maßnahmen eingeleitet hat, darunter sein Angebot, einseitige Sicherheitsgarantien zu gewähren, sind eine Reihe von Vorschlägen und Anregungen zu regionalen Initiativen im Gespräch, mit deren Hilfe Vertrauen und Sicherheit im Ostseeraum gefördert werden sollen. Wir teilen die Ansicht der anderen Ostseeanrainer und der Vereinigten Staaten, daß man bilateral und im Rahmen regionaler Organisationen die Arbeit zur Weiterentwicklung und praktischen Umsetzung aller Vorschläge fortsetzen sollte, die auf mehr Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Bereich abzielen.

Der litauische Präsident Valdas Adamkus (links) im April 1998 nach seiner Ankunft in der NATO-Zentrale, wo er von NATO-Generalsekretär Javier Solana begrüßt wird.

Die Sicherheit des Ostseeraums ist die Sicherheit Europas

Alle diese Maßnahmen sind für den Ostseeraum, der schon jetzt durch eine beachtliche Stabilität gekennzeichnet ist, von entscheidender Bedeutung. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit jedoch weiterhin auf mehrere Aufgabenbereiche richten: auf die regionale und subregionale Zusammenarbeit zwischen den Ostseestaaten, auf die Einbeziehung Rußlands in die Bemühungen um die Gewährleistung der Sicherheit des Ostseeraums und – was besonders wichtig ist – auf die letztlich zu erreichende Integration Litauens wie auch Lettlands und Estlands in europäische und transatlantische lnstitutionen. Es kann keine getrennte Sicherheit des Ostseeraums und auch keine europäische Sicherheit ohne die Ostseeanrainer geben; es gibt nur die eine unteilbare Sicherheit aller Europäer. Litauen wird weiterhin auf regionaler und gesamteuropäischer Ebene seinen Teil dazu beitragen, die gemeinsame Sicherheit ganz Europas zu stärken. ◆

Der parlamentarische Arm der NATO als Förderer der Ziele des Bündnisses

Simon Lunn
Generalsekretär der Nordatlantischen Versammlung

Die Nordatlantische Versammlung, die kollektive parlamentarische Stimme des Bündnisses, leistet einen wesentlichen Beitrag zur Herausbildung eines Konsenses in bezug auf die Anpassung der NATO an das neue Sicherheitsumfeld. Als Forum, in dem Parlamentarier aus allen Mitgliedstaaten, aus den Partnerstaaten und aus dem Mittelmeerraum zusammenkommen, gibt die Versammlung den Anstoß zu bewußtseins- und vertrauensbildenden Prozessen und führt zu mehr Zusammenarbeit, so daß sie die Stabilität Europas stärkt. Simon Lunn vertritt die Ansicht, das Gipfeltreffen, das anläßlich des 50jährigen Bestehens der NATO stattfinden wird, biete eine Gelegenheit, die Beziehungen zwischen der NATO und ihrem parlamentarischen Arm zu stärken, und ermögliche dem Bündnis, den Beitrag der Nordatlantischen Versammlung zu den gemeinsamen Bemühungen deutlicher hervorzuheben.

Die Erweiterung der Rolle und des Aktionsradius des Bündnisses – die Aufnahme neuer Mitglieder, die Ausweitung der Zone der Zusammenarbeit und die Übernahme neuer Aufgaben – findet ihren Niederschlag in einem anspruchsvollen Aufgabenkatalog für den interparlamentarischen Arm der NATO. Parlamentarier mit ihrer doppelten Aufgabe, sowohl die Ansichten ihrer Wähler zu beeinflussen als auch diese Ansichten widerzuspiegeln, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Herausbildung eines Konsenses in bezug auf die Anpassung des Bündnisses an das neue Umfeld. In den meisten Mitgliedstaaten sind die Parlamente direkt mit der Frage der Vertiefung und Erweiterung des Bündnisses befaßt, vor allem durch die erforderliche parlamentarische Ratifizierung des Erweiterungsbeschlusses und die Genehmigung der Dislozierung von Streitkräften außerhalb der traditionellen Grenzen des NATO-Gebietes, wie z. B. in Bosnien und nun im Kosovo.

Seit 1989 ist die Arbeit der Nordatlantischen Versammlung um eine Dimension reicher. Die Förderung und Konsolidierung demokratischer Regierungsnormen steht im Mittelpunkt des Bündnisauftrags, durch Erweiterung, Zusammenarbeit und die Verbreitung einer gemeinsamen Sicherheitskultur die Stabilität zu fördern. Parlamentarier, die demokratische Aufsichts- und Kontrollfunktionen wahrnehmen, sind für diesen Prozeß unabdingbar. Daher hat sich die Versammlung an die Spitze aller Bemühungen gestellt, die darauf abzielen, die mittel- und osteuropäischen Parlamente einzubeziehen sowie Ihre Weiterentwicklung in dieser schwierigen Übergangszeit zu unterstützen.

Da 16 Parlamenten der Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) der Status eines assoziierten Mitglieds verliehen worden ist, können sich nun Parlamentarier aus diesen Ländern mit ihren Mitarbeitern an praktisch allen Aspekten der Arbeit der Versammlung beteiligen.[1]) Diese

Der britische Premierminister Tony Blair am 13. November 1998 während seiner Rede auf der Plenartagung der Nordatlantischen Versammlung in Edinburgh. (Foto: AP)

(1) Die 16 assoziierten Mitglieder sind Albanien, Bulgarien, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (Anm. : Die Türkei erkennt die Bundesrepublik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.), die Republik Moldau, Polen, Rumänien, Rußland, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, die Ukraine und Ungarn (die Mitgliedschaft Weißrußlands wurde ausgesetzt).

Integration bietet den assoziierten Parlamenten sowohl politische Sicherheit als auch praktische Unterstützung. Die assoziierten Mitglieder haben nun zu fast allen Tagungen und Aktivitäten der Versammlung Zugang. In Rumänien und Ungarn fanden bereits Plenartagungen der Versammlung statt, und künftige Tagungen sollen in Polen, Litauen, Bulgarien und dann nochmals in Ungarn abgehalten werden.

Förderung der Demokratie

Zusätzlich zur Öffnung ihrer Tagungen für die MOE-Staaten leitete die Versammlung 1992 die Rose-Roth-Initiative ein; dabei handelt es sich um eine Reihe gezielter parlamentarischer Seminare und Ausbildungsprogramme, mit denen die Entwicklung einer parlamentarischen Demokratie gefördert werden soll. Die Rose-Roth-Seminare, die sich auf finanzielle Mittel der Vereinigten Staaten sowie auf Beiträge anderer Mitgliedsdelegationen stützen, konnten einen kontinuierlichen parlamentarischen Dialog über regionale Probleme und Zuständigkeitsfragen von besonderem Interesse für die assoziierten Mitglieder erleichtern und trugen dazu bei, das frühzeitige Interesse und Engagement des Bündnisses unter Beweis zu stellen. Bisher sind in den verschiedenen MOE-Staaten 40 Seminare dieser Art veranstaltet worden.

Die Seminare werden durch das interparlamentarische Personalausbildungsprogramm ergänzt, das zwar auf einem weniger hohen Niveau angesiedelt ist, aber das gleichermaßen wichtige Ziel verfolgt, den Aufbau eines Pools parlamentarischer Mitarbeiter mit den nötigen Erfahrungen und Sachkenntnissen zu unterstützen. Seit 1972 haben mehr als 120 Parlamentsmitarbeiter aus mittel- und osteuropäischen Staaten in Brüssel und im Vereinigten Königreich an diesem Programm teilgenommen, und mehr als 70 Parlamentsmitarbeiter oder Forscher haben ein bis drei Monate beim Internationalen Sekretariat in Brüssel gearbeitet.

Ein Thema, das für alle Rose-Roth-Aktivitäten kennzeichnend ist, besteht in den Beziehungen zwischen dem zivilen und dem militärischen Sektor und insbesondere in der Frage der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Die parlamentarische Prüfung und Beaufsichtigung der Verteidigungspolitik und des Verteidigungshaushalts zählt zu den grundlegenden Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, wenn die demokratische Kontrolle des Militärs in vollem Umfang gewährleistet sein soll. Ein Großteil der Arbeit der Versammlung ist direkt darauf ausgerichtet, Parlamentariern der Partnerstaaten und ihren Mitarbeitern diejenigen Erfahrungen zu vermitteln, die erforderlich sind, wenn sie ihre Aufgaben in ihren nationalen Parlamenten effizient wahrnehmen wollen.

Das derzeitige Arbeitsprogramm der Versammlung bedeutet daher nicht nur eine Unterstützung und Stärkung der NATO-Politik, sondern ist fester Bestandteil der allgemeinen Bemühungen des Bündnisses um die Schaffung von Sicherheit und Stabilität durch die Förderung der Demokratie im gesamten euro-atlantischen Raum.

Die Erweiterung hat Vorrang

Wie die NATO selbst hat jedoch auch die Versammlung das Problem, daß die Nachfrage das Angebot übersteigt. Die Erweiterung des Bündnisses bedeutet, daß sich nun mehr Parlamente als früher bemühen, in den Genuß der sich aus der Zusammenarbeit und der Integration ergebenden Vorteile zu gelangen, und der Prozeß der Vertiefung bedeutet, daß man sich mit einer umfassenderen Liste von Themen befassen muß. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kann man aber nicht allen Forderungen gerecht werden. Bei einem interparlamentarischen Gremium betrifft die Ressourcenfrage nicht nur finanzielle Mittel, sondern ist in weitaus höherem Maße eine Frage der Zeit und der Verfügbarkeit der Angeordneten. Die Arbeit der Versammlung hat ihren Ausgangspunkt darin, daß sie die Verständigung unter den Parlamentariern fördert sowie bewußtseins- und vertrauensbildende Prozesse ermöglicht. Diese Ziele werden in erster Linie durch Tagungen und Besuchsprogramme verwirklicht, die den Dialog erleichtern. Die Verfügbarkeit der Abgeordneten für die Teilnahme an derartigen Aktivitäten wird jedoch unweigerlich durch ihre jeweiligen nationalen Verpflichtungen begrenzt.

Dies bedeutet, daß bei der Festlegung des Arbeitsprogramms der Versammlung angesichts des breiten Spektrums der Anforderungen schwierige Entscheidungen zu treffen und Prioritäten zu setzen sind. Im Jahre 1998 wurde der Umsetzung des im Juli 1997 in Madrid gefaßten Beschlusses, drei neue Staaten zum Beitritt einzuladen, Vorrang eingeräumt. Die Mitglieder der Versammlung haben sich aktiv an den Ratifikationsdebatten ihrer nationalen Parlamente beteiligt. Der Vorsitzende der Versammlung, Senator William V. Roth (Vereinigte Staaten), war einer der beiden Vorsitzenden der NATO-Beobachtergruppe des amerikanischen Senates, die den Erweiterungsbeschluß dort erfolgreich verteidigte.

Die Versammlung gibt auch eine Informationsbroschüre zur Erweiterung der NATO heraus (NATO Enlargement Watch Newsletter), in der sie über den Fortgang der Ratifikationsprozesse in den nationalen Parlamenten berichtet. Der vom Wirtschaftsausschuß der Versammlung erstellte Bericht über die Kosten der Erweiterung trug dazu bei, daß diese Frage aus dem richtigen Blickwinkel betrachtet wurde und somit die durch übertrieben hohe Kostenberechnungen verursachten Bedenken der Parlamentarier abgebaut werden konnten. Ein in Prag abgehaltenes Seminar der Versammlung ermöglichte Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn einen Erfahrungsaustausch im Zusammenhang mit dem Übergangsprozeß, und im Laufe dieses Jahres sind bereits drei zweiwöchige Lehrgänge speziell für Parlamentsmitarbeiter der drei zum Beitritt eingeladenen Staaten durchgeführt worden, damit sie sich mit der Arbeitsweise der NATO und allgemeinen Fragen des Verteidigungshaushalts vertraut machen können.

Da der Beitritt dieser Staaten nun eine beschlossene Sache ist, wird man sich jetzt darauf konzentrieren, die von der Versammlung bereits mit großer Mehrheit befürwortete Bündnispolitik der „offenen Tür“ zu unterstützen, mit der anderen Staaten die Möglichkeit zu einem künftigen Beitritt zur NATO geboten wird. Die Versammlung wird es als Schwerpunkt ihrer Arbeit betrachten, denjenigen Staaten zu helfen, die sich aktiv um die NATO-Mitgliedschaft bemühen. Die Debatten der Versammlung werden sich als eine wichtige Plattform für die Darlegung der verschiedenen nationalen Ansichten über den Zeitpunkt und die Inhalte der nächsten Erweiterungsrunde erweisen.

Der Dialog mit dem russischen und dem ukrainischen Parlament

Neben der Unterstützung des Erweiterungsprozesses besteht ein weiterer Schwerpunkt der Nordatlantischen Versammlung darin, im Einklang mit der zwischen der NATO und Rußland vereinbarten Grundakte die Zusammenarbeit mit dem russischen Parlament zu verbessern. Rußland ist seit 1992 assoziiertes Mitglied der Versammlung, und russische Parlamentarier haben regelmäßig an den Tagungen und Seminaren der Versammlung teilgenommen. Die russischen Delegierten haben jedoch stets klargemacht, daß das russische Parlament die Erweiterung der NATO entschieden ablehnt, und es ist noch viel zu tun, um hier einen Sinneswandel zu erreichen. Die Begegnungen mit russischen Abgeordneten haben allerdings trotzdem die Bereitschaft zum Dialog erkennen lassen.

Die Versammlung hat vor kurzem eine Initiative verabschiedet, die ihre Zusammenarbeit mit dem russischen Parlament vertiefen und ihre Aktivitäten in Rußland ausweiten wird. Ein zentrales Element besteht dabei in der Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Versammlung und des russischen Parlaments, welche die Arbeit des Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rates (SGR) überprüfen soll. Hier wird es um echte Zusammenarbeit in einem Gremium gehen, in dem die Versammlung und russische Abgeordnete gemeinsam die Effizienz der Kooperations- und Konsultationsprozesse auf der Regierungsebene überprüfen. Diese Initiative wird nicht nur die dringend benötigte Transparenz der Arbeit des SGR gewährleisten, sondern auch das Interesse und Engagement der Parlamentarier deutlich zum Ausdruck bringen.

Zur Prüfung der praktischen Umsetzung der zwischen der NATO und der Ukraine vereinbarten Charta wird derzeit ein ähnliches Kooperationsprojekt mit dem ukrainischen Parlament (Rada) erarbeitet. Dadurch wird die bisherige Zusammenarbeit mit dem Parlament der Ukraine gestärkt; sie stützt sich auf ein jährlich abzuhaltendes Seminar zu Fragen von beiderseitigem Interesse, wobei das letzte Seminar dieser Art im September 1997 in Odessa als zweitägige Arbeitstagung zur Frage der „Demokratischen Kontrolle der Streitkräfte“ organisiert worden ist.

Sonstige Kontakte

Ein dritter Schwerpunkt besteht in der Herstellung von Kontakten zu Staaten, die Mitglieder des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR) der NATO sind, jedoch keine förmlichen Beziehungen zur Nordatlantischen Versammlung unterhalten, auch wenn einige von ihnen bereits als Beobachter oder Gäste an Tagungen und Seminaren teilnehmen. Das NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden (PfP) hat weitere Staaten ermutigt, sich um engere Beziehungen zur Nordatlantischen Versammlung zu bemühen. Die Versammlung hat auf entsprechende Anfragen pragmatisch reagiert und dabei ihren derzeitigen Prioritäten sowie der Arbeit anderer Organisationen gebührend Rechnung getragen. Finnland hat als bisher letztes Land den Status eines assoziierten Mitglieds erhalten und als erster Staat der traditionellen „Neutralen“ die Einladung der Versammlung angenommen. Die letzten Anträge wurden von Georgien und Aserbaidschan gestellt. Ihr Interesse und die Reaktion der Versammlung lassen die zunehmende Bedeutung der Region des Kaspischen Meeres erkennen, und diese Staaten werden die Diskussionen der Versammlung um eine höchstaktuelle neue Dimension erweitern.

Südosteuropa gibt natürlich unverändert Anlaß zu großer Besorgnis. Das Engagement der Versammlung konzentriert sich notgedrungen darauf, die Mitglieder frühzeitig mit Informationen über die verschiedenen Aspekte der NATO-Mission in Bosnien zu versorgen, das Bewußtsein der Parlamentarier bezüglich der gefährlichsten Destabilisierungstendenzen in der Region zu schärfen bzw. die diesbezüglichen Ansichten der Abgeordneten darzulegen (derzeit geht es um die Situation im Kosovo) und auf der parlamentarischen Ebene die von der NATO im PfP-Rahmen unternommenen Bemühungen um die Stärkung der Stabilität und der Sicherheit der Region soweit wie möglich zu unterstützen.

Was letzteres betrifft, so hat das NATO-Programm für die Sicherheitszusammenarbeit mit Bosnien, das die Zusammenarbeit zwischen Militärs und Regierungsvertretern der drei Konfliktparteien in Bosnien und Herzegowina verbessern soll[2]) manch einen zu dem Vorschlag veranlaßt, ähnliche Maßnahmen auch auf parlamentarischer Ebene zu treffen. Ebenso legen die PfP-Aktivitäten des Bündnisses in Albanien, die über die vor kurzem in Tirana eingerichtete PfP-Zelle organisiert werden, eine gleichzeitige Stärkung der Beziehungen zum albanischen Parlament nahe, das bereits ein assoziiertes Mitglied ist.

Zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit in diesem Teil der Welt und als weiterer Beweis für das Engagement der Nordatlantischen Versammlung ist mit Hilfe eines jährlich abzuhaltenden Seminars am Ohridsee in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ein regionaler parlamentarischer Dialog institutionalisiert worden. Diese Seminare haben Vertreter aller regionalen Einheiten, einschließlich des Kosovos und Montenegros, zusammenkommen lassen und Mitgliedern der Versammlung einen direkten Einblick in die Probleme dieser krisengeschüttelten Region ermöglicht.

(2) Weitere Informationen dazu s. David Lightburn, „Die Sicherheitszusammenarbeit der NATO mit Bosnien und Herzegowina“, NATO BRIEF 2/98, S. 31-34.

Eine weitere Aktivität der Versammlung, die parallel zu gleichgerichteten Bemühungen der NATO unternommen wird, besteht in ihrem auf der parlamentarischen Ebene geführten Dialog mit den Mittelmeerstaaten. Die Versammlung hat Kontakte zu einigen nicht der NATO angehörenden Mittelmeerländern geknüpft. Parlamentarier aus Ägypten, Israel, Marokko und Tunesien nehmen regelmäßig an den Plenartagungen der Versammlung teil, und es werden besondere Seminare veranstaltet, an denen auch Vertreter anderer Mittelmeerstaaten und des Nahen Ostens teilnehmen.

Diese regionalen Projekte kommen häufig als Begleitmaßnahmen zu einem ohnehin vollen Arbeitsprogramm der Versammlung hinzu, deren fünf Ausschüsse die weiterhin an der Spitze der sicherheitspolitischen Tagesordnung stehenden Aktivitäten des Bündnisses verfolgen und darüber Bericht erstatten.

Ausblick auf die Zukunft

Als Gremium, das Politik eher beeinflußt als macht, hat die Versammlung ihren Aufgabenbereich seit jeher mit größerer Flexibilität bestimmen können als das Bündnis selbst. Folglich galten manche der während des Kalten Krieges behandelten Themen, insbesondere wirtschaftliche und wissenschaftliche Fragen, als Aufgabenkomplexe, die über die traditionellen Zuständigkeitsgrenzen der NATO hinausgingen. Die Erweiterung des Sicherheitskonzepts um Gefahren nichtmilitärischer Art hat jedoch dazu geführt, daß einige in den Ausschüssen der Versammlung bereits erörterte Themen (wie Umweltprobleme, Wanderungsbewegungen, Verbreitung von Waffen und sogar organisierte Kriminalität und Terrorabwehrmaßnahmen) für die Planungsexperten des Bündnisses eine neue herausragende Bedeutung erlangen konnten.

Derzeit richtet sich die gesamte Aufmerksamkeit auf die Aktualisierung des neuen strategischen Konzeptes der NATO, d.h. auf einen Prozeß, durch den das Bündnis seinen Platz im neuen Sicherheitsumfeld bestimmen wird. Das strategische Konzept wird nicht nur den Rahmen für die Bündnisplanung abstecken, sondern auch der Öffentlichkeit signalisieren, welche Aufgaben die NATO in den kommenden Jahren wahrnehmen wird. Die Mitglieder der Versammlung werden die nächsten Tagungen zweifellos nutzen, um die Ansichten der Parlamentarier zu denjenigen Fragen zum Ausdruck zu bringen, die wahrscheinlich die meisten Kontroversen verursachen, wie z.B. die potentielle Ausdehnung des Bündnisses, das Erfordernis eines Mandates für nicht durch Artikel 5 abgedeckte (Friedens-)Missionen, die vorrangige Bedeutung der Waffenproliferationsfrage und die Funktionsfähigkeit der NATO bei Bedrohungen durch ABC-Waffen. Der scheidende Vorsitzende der Versammlung, Senator William Roth, legte der Plenartagung der Versammlung im November 1998 in Edinburgh einen Bericht über die „NATO im 21. Jahrhundert“ vor, der hoffentlich einen Beitrag zur Debatte über das strategische Konzept der NATO leisten und die Diskussion versachlichen kann.

Die Nordatlantische Versammlung bemüht sich, die Zusammenarbeit mit einem russischen Parlament zu verbessern, das die Erweiterung der NATO entschieden ablehnt. Hier der Vorsitzende der russischen Kommunisten, Gennadi Sjuganow (Mitte), am 31. August 1998 in der Duma im Gespräch mit Mitgliedern seiner Fraktion. (Foto: Reuters)

Die Förderung von Frieden und Stabilität

Bei der Festlegung ihrer künftigen Prioritäten wird die Versammlung weiterhin die Bündnispolitik unterstützen und ergänzen und zudem in Bereichen, in denen ihre größere Flexibilität ihr dies erlaubt, sogar richtungweisende Initiativen ergreifen. Die Aufgabe der Versammlung bestand früher darin, um Unterstützung für Maßnahmen zu werben, mit deren Hilfe das Bündnis vor einer äußerst klar erkennbaren äußeren Bedrohung geschützt werden sollte. Heute kommt ihr bei der Förderung der Zusammenarbeit und der Integration auf der parlamentarischen Ebene und somit bei der Unterstützung für die Ausbreitung der parlamentarischen Demokratie eine aktivere Rolle zu.

Diese Neuausrichtung trägt der Tatsache Rechnung, daß Stabilität und Frieden in Europa langfristig in gleichem Maße von der Stärke demokratischer Institutionen wie von der Effizienz der Streitkräfte abhängig sind. Streitkräfte sind zwar nach wie vor unverzichtbar, wenn das Bündnis seine Ziele erreichen will, aber ihre Rolle und ihr Profil verändern sich im Einklang mit der Neubestimmung der Ziele. Die Rolle des Militärs als des letztlich entscheidenden Garanten der territorialen Unversehrtheit tritt unweigerlich ein wenig in den Hintergrund; die Aufgaben auf den Gebieten Zusammenarbeit, Friedenssicherung und Krisenbewältigung gewinnen dagegen neue Bedeutung. Mit der Übernahme dieser neuen Aufgaben trägt man dazu bei, der Demokratie den Boden zu bereiten. Die eigentlichen Grundlagen für Frieden und Stabilität werden jedoch durch die Stärke der demokratischen Institutionen selbst geschaffen. Genau dies ist der Hintergrund, vor dem der Beitrag der Versammlung beurteilt werden sollte.

Erst einmal richten nun viele Mitglieder der Versammlung ihren Blick auf den für April 1999 in Washington geplanten Gipfel anläßlich der Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der NATO; sie sehen in ihm eine gute Gelegenheit, die Rolle und Bedeutung der Versammlung im Bündnis angemessener zu würdigen und geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Beziehungen zwischen der NATO und ihrem parlamentarischen Arm zu verabschieden. ◆

Die NATO erhält in der Kosovo-Frage den Druck auf Serbien aufrecht

Presseerklärung des NATO-Generalsekretärs nach der Tagung des Nordatlantikrates vom 27. Oktober 1998

Vor zwei Wochen hat die NATO einen Aktivierungsbefehl (ACTORD)[1]) für begrenzte Operationen der Luftstreitkräfte sowie für eine mehrstufige Luftaktion gegen Jugoslawien ausgegeben. Wir haben diesen Beschluß gefaßt, um die diplomatischen Bemühungen um den Frieden im Kosovo abzustützen und den Weg für eine politische Lösung der Krise frei zu machen.

Von Anfang an haben wir darauf bestanden, daß Präsident Slobodan Milosevic die Resolutionen 1199 und 1203 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen uneingeschränkt und bedingungslos einhält. Seit der Aktivierungsbefehl ausgegeben worden ist, haben wir ununterbrochen Druck auf Präsident Milosevic ausgeübt. Der Vorsitzende des Militärausschusses, General Klaus Naumann, und der oberste NATO-Befehlshaber Europa (SACEUR), General Wesley Clark, waren mit mir in Belgrad, um ihm persönlich klarzumachen, daß er keine andere Wahl hat, als die Resolutionen zu befolgen. Ich habe Präsident Milosevic auch zweimal geschrieben, um den Ernst der Lage zu verdeutlichen.

Dieser Druck und unsere glaubwürdige Drohung mit der Anwendung von Gewalt haben im Kosovo eine Wendung zum Besseren bewirkt. Die Einigkeit und Entschlossenheit der NATO haben die Einheiten der jugoslawischen Sonderpolizei und der jugoslawischen Streitkräfte gezwungen, Zurückhaltung zu üben und ihre einschüchternde Präsenz im Kosovo abzubauen. Es ist uns gelungen, den Umfang der Gewaltanwendung erheblich zu verringern und einen Waffenstillstand zu erreichen, der trotz sporadischer Zwischenfälle gehalten hat.

Diese Verbesserung der Sicherheitslage im Kosovo hat in erster Linie eine sofortige Verbesserung der humanitären Lage ermöglicht. Die internationalen Hilfsorganisationen haben ihre Arbeit im Kosovo wieder aufgenommen. Sie haben nun für ihre Konvois einen uneingeschränkten Zugang zu allen Gebieten erreicht. Tausende von Vertriebenen sind in ihre Dörfer zurückgekehrt. Zugleich schafft die Verbesserung der Sicherheitslage die Voraussetzungen dafür, daß ein ernsthafter politischer Dialog zwischen Belgrad und den Kosovo-Albanern eingeleitet werden kann.

In den letzten Tagen haben die Luftüberwachungssysteme der NATO und die Diplomatische Beobachtermission im Kosovo überprüft, ob Slobodan Milosevic den uns gegenüber gemachten Zusagen die entsprechenden Taten folgen läßt.

Erfreulicherweise kann ich nun berichten, daß in den letzten 24 Stunden mehr als 4 000 Angehörige der Sonderpolizei aus dem Kosovo abgezogen worden sind. Polizeikräfte und militärische Einheiten, die auch unter normalen Umständen im Kosovo stationiert sind, ziehen sich nun mit ihren schweren Waffen in die Kasernen zurück. Kontrollposten wurden abgebaut. Darüber hinaus haben die meisten Polizeikräfte und militärischen Einheiten, die normalerweise an anderen Standorten in Jugoslawien stationiert sind, den Kosovo verlassen. Die Sicherheitskräfte werden auf den Umfang abgebaut, den sie vor dem Ausbruch der jetzigen Krise hatten.

Trotz dieser bedeutenden Fortschritte besteht das Ziel der NATO unverändert darin, die uneingeschränkte Einhaltung der Resolutionen 1199 und 1203 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu erreichen. Daher haben wir heute abend beschlossen, den Aktivierungsbefehl für begrenzte Operationen der Luftstreitkräfte aufrechtzuerhalten. Seine Umsetzung ist von einem diesbezüglichen Beschluß und den entsprechenden Lagebeurteilungen des Nordatlantikrates abhängig. Wir werden auch unseren Aktivierungsbefehl für eine mehrstufige Luftaktion aufrechterhalten und unsere Aktivitäten im Rahmen der Phase Null fortsetzen. Wir haben unsere militärischen Behörden gebeten, weiterhin darauf vorbereitet zu sein, diese Luftoperationen – sollten sie erforderlich werden – durchzuführen und für beide ACTORD-Situationen und die damit verbundenen Operationen Streitkräfte mit einem geeigneten Bereitschaftsgrad bereitzuhalten.

Der Nordatlantikrat wird die Lage im Kosovo fortlaufend prüfen. Sollten uns in Zukunft Beweise für einen substantiellen Verstoß gegen die Resolution 1199 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vorliegen, so werden wir bereit sein, Gewalt anzuwenden. Wir wissen, daß Präsident Milosevic sich nur bewegt, wenn er mit einer glaubwürdigen Androhung von Gewalt konfrontiert wird. In bezug auf die Einhaltung der Resolutionen liegt die Beweislast eindeutig bei ihm.

Die Kosovo-Albaner müssen die Resolutionen der Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ebenfalls einhalten und mit der internationalen Staatengemeinschaft zusammenarbeiten. Ich fordere die bewaffneten Gruppen der Kosovo-Albaner auf, den von ihnen erklärten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten.

Zunächst einmal werden wir uns darauf konzentrieren, die Wirksamkeit des Verifikationssystems sicherzustellen. Die Verifikationsflüge der NATO über dem Kosovo beginnen nun. Wir begrüßen die mögliche Beteiligung Rußlands und anderer Partnerstaaten am Luftverifikationssystem der NATO.

Die NATO und die OSZE haben eng zusammengearbeitet, um ihre Aktivitäten im Rahmen der Verifikationsmission zu koordinieren. Das Bündnis beschleunigt auch die Planung für eine NATO-Truppe, welche die Evakuierung des vor Ort eingesetzten Verifikationspersonals der OSZE aus dem Kosovo regeln soll. Wir begrüßen die Resolution 1203 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in der die Bildung der beiden Verifikationsmissionen bestätigt wird.

Trotz der von uns erreichten Fortschritte ist die Krise bei weitem noch nicht vorbei. Viel bleibt noch zu tun. Es ist höchste Zeit, daß die beiden Konfliktparteien verstehen, daß die internationale Staatengemeinschaft eine Fortdauer des Status quo nicht hinnehmen wird. Die Menschen im Kosovo haben schon zuviel Leid ertragen müssen. Zweifellos muß eine politische Lösung gefunden werden. Ich fordere die beiden Seiten nachdrücklich auf, die nun bestehende Möglichkeit zu nutzen und den politischen Prozeß voranzubringen, also nicht diese einzigartige Chance verstreichen zu lassen, auf eine bessere Zukunft für den Kosovo und für Jugoslawien insgesamt hinzuarbeiten.

(1) Durch einen ACTORD werden die für die jeweilige Operation bestimmten nationalen Streitkräfte dem operativen Kommando des zuständigen obersten NATO-Befehlshabers, hier des SACEUR, unterstellt, und dieser wird ermächtigt, die Operationen zu einem bestimmten Zeitpunkt einzuleiten.

Eine serbische Panzerkolonne, die sich am 26. Oktober 1998 als Reaktion auf die ultimative NATO-Forderung nach einem Abzug der serbischen Streitkräfte aus dem Kosovo auf dem Rückzug befindet. (Foto: AP)

Von Madrid nach Washington: Die Bemühungen Sloweniens um die Mitgliedschaft

Botschafter Ernest Petrič,
Staatssekretär im Außenministerium der Republik Slowenien

Slowenien, das unermüdlich daran gearbeitet hat, sich politisch, wirtschaftlich und militärisch auf die NATO-Mitgliedschaft vorzubereiten, fühlt sich jetzt für den Beitritt gerüstet. Slowenien ist zwar in Madrid nicht mit den drei zum Beitritt eingeladenen Staaten dazu aufgefordert worden, den Beitrittsprozeß einzuleiten, aber es setzt unverändert auf die Zusage der NATO, die Tür offenzuhalten. Laut Botschafter Ernest Petrič wird das Bündnis auf dem Washingtoner Gipfeltreffen im April 1999 die Gelegenheit haben, die Erfolge dieser neuen Ära in der Geschichte der euro-atlantischen Sicherheitspolitik endgültig zu sichern, indem es weitere Staaten zum Beitritt einlädt – eine Chance, die man nicht ungenutzt verstreichen lassen darf.

Nächstes Jahr wird die NATO mit Festakten feiern, daß in Europa seit 50 Jahren Frieden und Stabilität gewahrt werden konnten. Aus diesem Anlaß wird das Bündnis in Washington zu einem Gipfeltreffen zusammenkommen, auf dem die neuen Funktionen, die neuen Missionen und die neuen Mitglieder der NATO in den Mittelpunkt gestellt werden sollen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß das Bündnis dann auch bestätigen kann, daß die Zukunft Europas in einer alle Staaten umfassenden euro-atlantischen Gemeinschaft und nicht in einem geteilten Kontinent liegt. Wir in Slowenien vertreten nachdrücklich die Ansicht, daß die NATO in Washington mit mehr als nur Worten zeigen muß, daß die Tür für diejenigen europäischen Staaten offenbleibt, die willens und in der Lage sind, die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft zu erfüllen.

Slowenien wurde zwar im Juli 1997 in Madrid nicht zusammen mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingeladen, aber das Bündnis widmete ihm wie auch Rumänien in bezug auf eine künftige Mitgliedschaft besondere Aufmerksamkeit. Slowenien hält weiterhin entschlossen an dem Ziel fest, der NATO beizutreten, und wir werden weiterhin auf dieses Ziel hinarbeiten.

Warum strebt Slowenien so energisch nach der Mitgliedschaft im Bündnis?

Der Grund dafür besteht nicht in einer drohenden Gefahr für unsere Sicherheit und Souveränität, sondern vielmehr darin, daß wir im Beitritt zur NATO wie auch zur Europäischen Union ein Mittel sehen, unsere Demokratie und unsere Position als europäischer Staat zu konsolidieren. Zu Europa gehören wir aufgrund unserer Kultur, unserer Geschichte und unserer geographischen Lage, und deshalb wollen wir auch Teil der europäischen Strukturen sein. Der Beitritt zur NATO wird nicht nur mit Hilfe des bisher wirksamsten Systems der kollektiven Verteidigung die nationale Sicherheit Sloweniens sicherstellen, sondern uns auch die Gelegenheit geben, einen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unserer Region und Europas insgesamt zu leisten.

Ein aktiver Partner

Die aktive Teilnahme Sloweniens sowohl an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) als auch am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) ist einer der Hinweise darauf, daß Slowenien für die NATO-Mitgliedschaft bereit ist. Mit unserem Beitritt zur PfP im März 1994 haben wir unter Beweis gestellt, daß Slowenien nach nur drei Jahren der Unabhängigkeit schon die richtige Richtung eingeschlagen hatte. Durch unsere Teilnahme an der PfP haben wir uns dazu verpflichtet, in bezug auf die Verteidigungsplanung und den Verteidigungshaushalt Transparenz zu erzielen und eine demokratische Kontrolle unserer Streitkräfte zu gewährleisten. Zudem haben wir uns dazu bereit erklärt, Beiträge zu internationalen F'riedensoperationen zu leisten, kooperative militärische Beziehungen zur NATO zu entwickeln und auf die Interoperabilität unserer Streitkräfte mit denen der NATO hinzuarbeiten.

Vor diesem Hintergrund haben wir eine Reihe von Kooperationsvereinbarungen mit den NATO-Staaten und anderen PfP-Partnerstaaten geschlossen, mit denen die Interoperabilität unserer Streitkräfte verbessert werden soll. Wir haben unser alpines Ausbildungszentrum in Bohinjska Bela für NATO- und PfP-Übungen zur Verfügung gestellt, und Schiffe der NATO laufen regelmäßig den slowenischen Hafen Koper an. Darüber hinaus bauen wir ein Spezialkontingent vom Umfang eines Bataillons für die Teilnahme an PfP-Übungen und an internationalen Friedensoperationen auf, die im Rahmen der NATO, der Vereinten Nationen, der WEU oder der Europäischen Union durchgeführt werden.

Slowenien stellt sein alpines Ausbildungszentrum für NATO- und PfP-Übungen zur Verfügung. (Foto: slowenisches Verteidigungsministerium)

Als engagierter Teilnehmer der europäischen Sicherheitsarchitektur hat Slowenien deutlich gemacht, daß es ein verläßlicher Partner ist und in der Region südöstlich seiner Grenzen die Stabilität fördert. Zu den unter der Leitung der NATO operierenden SFOR-Truppen in Bosnien und Herzegowina tragen wir unter anderem mit einem Streitkräftekontingent bei, einschließlich eines Zugs von Militärpolizisten, die in die neue Multinationale Sondereinheit (Multinational Specialised Unit – MSU) integriert sind. Wir leisten auch einen Beitrag zu dem unter der Leitung der WEU arbeitenden Multinationalen Beratenden Polizeikontingent in Albanien, nachdem wir uns dort bereits 1997 unter italienischer Führung an der Operation „Alba" beteiligt hatten, die zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung eingeleitet worden war.

Ferner unterstützen wir die Rolle der NATO bei der Lösung der Krise im Kosovo und haben einen Beitrag zur Verifikationsmission für den Kosovo angeboten.

Wir haben auch Beobachter zur Überwachung der Wahlen nach Albanien, in die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und nach Bosnien und Herzegowina entsandt. Darüber hinaus haben wir in Slowenien einen internationalen Fonds zur Förderung der Minenräumarbeiten und zur Unterstützung der Minenopfer in Bosnien und Herzegowina errichtet.

Was den übergreifenden regionalen Rahmen betrifft, so beteiligen wir uns (neben Italien, Slowenien, Ungarn) an den multinationalen leichten Landstreitkräften, an der Initiative zur Förderung der Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten bei Maßnahmen zur Unterstützung des Friedens (CENCOOP) und an der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP). Slowenien ist auch ein aktiver Teilnehmer der regionalen Initiative SECI (South-east European Cooperation Initiative), des EU-Prozesses von Royaumont und der Mitteleuropäischen Initiative (Central European Initiative).

Ein Bollwerk der Stabilität

Slowenien hat eine stabile parlamentarische Demokratie errichtet und gilt international als Staat, der die Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten schützt. Wir verfügen ferner über ein wirksames System für die demokratische zivile Kontrolle der Streitkräfte und unterhalten gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den anderen Staaten unserer Region und auch darüber hinaus.

Wir haben mit Erfolg marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt, und die Privatisierung einer Reihe von Betrieben ist nahezu abgeschlossen. Slowenien weist eine hohe Wachstumsrate (3,8 %) und ein relativ hohes Pro-Kopf-Einkommen (9 600 US-Dollar) auf, während sich die Inflationsrate auf 9,1 %[1]) und die Arbeitslosigkeit auf 7, 4 %[2]) beläuft. Unsere Verteidigungsausgaben werden im Jahr 2003 von gegenwärtig 1,85 % (365 Mill. US-Dollar) des Bruttoinlandsprodukts auf 2,3 % (544 Mill. US-Dollar) des Bruttoinlandsprodukts angestiegen sein. Insgesamt gesehen bestehen somit gute wirtschaftliche Aussichten, die sicherstellen werden, daß sich Slowenien nicht zu einer finanziellen Belastung für das Bündnis entwickelt, sondern im Gegenteil ein Nettobeitragszahler sein wird, wenn und sofern es zum Beitritt eingeladen wird.

Seine solide politische und wirtschaftliche Lage macht Slowenien zu einem Bollwerk der Stabilität und verleiht ihm im Hinblick auf die Konsolidierung der regionalen Stabilität und Sicherheit eine Schlüsselrolle. Diese regionale Bedeutung Sloweniens ist für die NATO in bezug auf die für 1999 geplante Aufnahme der ersten drei neuen Mitglieder von direktem Interesse, denn Slowenien kann die nötige territoriale Verbindung zu Ungarn herstellen, das bisher keine gemeinsamen Grenzen mit NATO-Staaten hat.

Die nationale Strategie

1998 war hinsichtlich unserer Beziehungen zur NATO eine besonders aktive Zeit. Im Februar 1998 verabschiedeten wir eine nationale Strategie für unsere Integration in die NATO, die dann vom Parlament förmlich genehmigt wurde. Diese Strategie fordert die Beteiligung Sloweniens an der sich herausbildenden europäischen Sicherheitsarchitektur, wobei die führende Rolle der NATO besonders betont wird. Sie legt unsere Außen- und Sicherheitspolitik auf einen Kurs fest, der zur Mitgliedschaft im Bündnis führt, und legt den Schwerpunkt auf eine Politik, mit deren Hilfe sich ein

Von links nach rechts: Präsident Aleksander Kwaśniewski (Polen), Präsident Václav Havel (Tschechische Republik), Präsident Milan Kučan (Slowenien), Präsident Thomas Klestil (Österreich), Präsident Arpad Göncz (Ungarn) und Bundespräsident Roman Herzog am 12. Oktober 1998 in Wien auf einer Tagung von Präsidenten mitteleuropäischer Staaten. (Foto: AP)

(1) Alle Zahlen sind den amtlichen Statistiken für 1997 entnommen.

(2) Nach Normen der Internationalen Arbeitsorganisation berechnet.

Ausbau der Zusammenarbeit und der Interoperabilität sowie eine Anpassung an die NATO-Standards erreichen lassen. Ein konkretes Beispiel für diese politische Linie ist ein Gesetz, dem zufolge jede neue militärische Ausrüstung die NATO-Standards erfüllen muß.

Darüber hinaus haben wir mit dem Bündnis durch zahlreiche Besuche, darunter im Februar 1998 der Besuch von NATO-Generalsekretär Javier Solana in Ljubljana und im September 1998 der Besuch General Wesley Clarks (SACEUR) in Slowenien, einen hochrangigen politischen Dialog geführt. Der slowenische Außenminister Boris Frlec und der damalige Verteidigungsminister Tit Turnšek besuchten Brüssel im März 1998 und sprachen vor dem NATO-Rat, und der slowenische Präsident Milan Kučan stattete der NATO-Zentrale im Oktober 1998 einen Besuch ab. Zudem führten wir mit der NATO auf der Expertenebene einen vertieften Dialog, der sich als ein äußerst wirksames Instrument zur Vorbereitung Sloweniens auf seine künftige Mitgliedschaft in der NATO erwiesen hat.

Darüber hinaus haben wir einige praktische Aktivitäten und Innovationen vorzuweisen, im Juni 1998 richteten wir z.B. das jährlich stattfindende NATO-Wirtschaftskolloquium aus, das somit zum ersten Mal in seiner Geschichte außerhalb Brüssels veranstaltet wurde. Im Oktober 1998 waren wir Gastgeber eines Seminars über regionale militärische Zusammenarbeit, und im November 1998 veranstaltete der Wissenschaftsausschuß der NATO eine Arbeitstagung in Ljubljana. Im November 1998 fand in Slowenien auch die NATO/PfP-Übung *Cooperative Adventure Exchange '98* statt, die bisher größte NATO-Übung außerhalb des Bündnisgebietes.

Alle diese Aktivitäten leisten einen Beitrag zu unseren Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft. Wir verfolgen aufmerksam die Fortschritte Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns auf dem Weg zur NATO-Vollmitgliedschaft und treffen parallel dazu entsprechende Maßnahmen bei uns, als ob wir einer dieser zum Beitritt eingeladenen Staaten wären. Ihre reibungslose Integration in die NATO wird ein wichtiges Argument zugunsten der Fortführung und gegen eine Aussetzung des Erweiterungsprozesses sein.

Ein Prozeß des Aufbaus

Die Erweiterung ist ein Prozeß des Aufbaus und nicht ein Prozeß des Zerteilens. Die Aussicht auf einen Beitritt zur NATO hat sich auf zahlreiche Staaten Mittel- und Osteuropas positiv ausgewirkt. Die Erweiterung hat dazu beigetragen, das sichere und stabile Umfeld zu schaffen, das für den Aufbau und die Stärkung der Demokratie und der Marktwirtschaft sowie für den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte erforderlich ist. Sie hat verschiedene Formen der regionalen und subregionalen Zusammenarbeit gefördert. Die sieben Jahre der Unabhängigkeit Sloweniens bedeuten also ein positives Zeugnis für den Einfluß der NATO auf die Region.

Der slowenische Ministerpräsident Janez Drnovšek (links) am 4. November 1998 im Weißen Haus während eines Gesprächs mit dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, der erneut die Zusage der NATO bekräftigte, die Tür für weitere Mitglieder offenzuhalten. (Foto: Reuters)

Die NATO hat sich nicht nur für ihre Mitgliedstaaten als Garant der Demokratie, Stabilität und Sicherheit erwiesen, sondern sie hat auch außerhalb des Bündnisgebietes die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität übernommen. Sie hat sich nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der bipolaren Weltordnung dem veränderten Umfeld angepaßt und so das in Mittel- und Osteuropa entstandene Sicherheitsvakuum beseitigt.

In Slowenien begrüßten wir die dadurch gegebene Möglichkeit zur Beteiligung an den sich herausbildenden europäischen Sicherheitsstrukturen, insbesondere an den mit der NATO und der Entwicklung der politisch-militärischen Zusammenarbeit der Europäer verbundenen Strukturen. Wir reagierten darauf mit der Vertiefung und dem Ausbau unserer Zusammenarbeit mit der NATO. Wir bekennen uns zu dem Ziel, ein glaubwürdiges und konstruktives NATO-Mitglied zu werden. Wir gehen zuversichtlich davon aus, daß unser Antrag sorgfältig geprüft wird.

Die baldige Mitgliedschaft Sloweniens in der NATO dürfte für das Bündnis eigentlich kein Streitpunkt sein. Bisher hat sich noch niemals ein Mitgliedstaat gegen den Beitritt Sloweniens ausgesprochen. Überdies unterstützt der amerikanische Kongreß die slowenische Mitgliedschaft schon seit 1996, als er das Gesetz zur Erleichterung der NATO-Erweiterung verabschiedete, dem zufolge Slowenien gemeinsam mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn zu den ersten vier Beitrittskandidaten zählen sollte. Im November 1998 erklärte ferner der amerikanische Senator William V. Roth als Vorsitzender der Nordatlantischen Versammlung in seinem Bericht an dieses Gremium: „Slowenien sollte auf dem Washingtoner Gipfeltreffen eingeladen werden, Verhandlungen über seinen Beitritt zum Nordatlantikvertrag aufzunehmen."

Der für April 1999 geplante Gipfel in Washington wird der NATO somit wirklich die Gelegenheit bieten, ihre Zusage, daß die Türe offenbleiben soll, in die Tat umzusetzen. Die jetzige Chance, die bei der Überwindung der trennenden Gräben des Kalten Krieges errungenen Erfolge endgültig zu sichern, muß ergriffen werden und darf nicht ungenutzt verstreichen. ◆

Die Umsetzung des Konzepts der alliierten Streitkräftekommandos

Generalleutnant Mario da Silva,
des Stabes des alliierten teilstreitkraftübergreifenden Planungsstabes der NATO

Im CJTF-Konzept der NATO (Combined Joint Task Force – alliiertes Streitkräftekommando) sind multinationale teilstreitkraftübergreifende Kommandos vorgesehen, deren Fähigkeiten auf bestimmte Operationen, seien es Maßnahmen zur Unterstützung des Friedens oder Aufgaben der kollektiven Verteidigung, zugeschnitten sind. Nach drei Jahren intensiver konzeptioneller Vorarbeit begann man 1997 mit der Umsetzung des Konzeptes, und inzwischen haben auch zwei CJTF-Hauptquartiere ihre Erprobungsphase abgeschlossen. Laut Generalleutnant Mario da Silva, dem Leiter des Planungsstabes, der für die Auswertung der beiden Erprobungen zuständig war, haben die Probephasen gezeigt, daß die NATO große landgestützte und seegestützte CJTF-Hauptquartiere einrichten kann, die jeweils in der Lage sind, friedenserhaltende Operationen durchzuführen. Die Ergebnisse der Auswertung werden in Verbindung mit den fortlaufenden Stabsanalysen und den in Bosnien gesammelten Erfahrungen dazu beitragen, die Aufgaben der nächsten Phase, d.h. der vollständigen Umsetzung des Konzeptes, zu bewältigen.

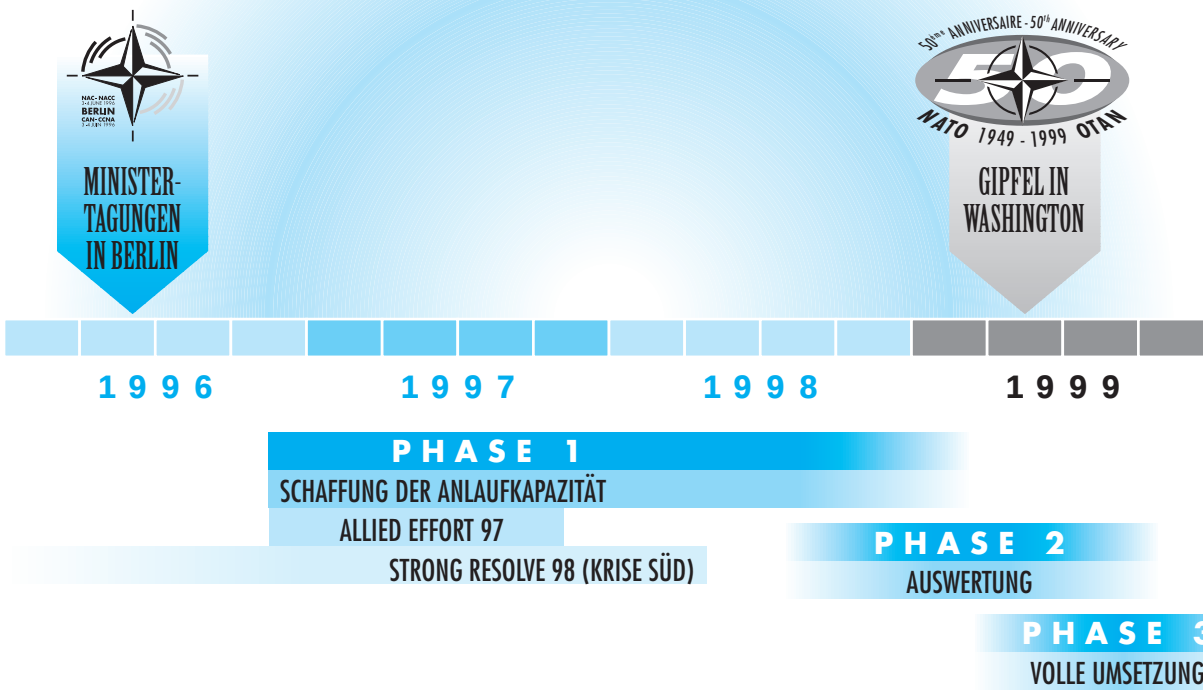
Im Januar 1994 schufen die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel die Grundlagen für das Konzept der alliierten Streitkräftekommandos (Combined Joint Task Force – CJTF). Sie beauftragten das Bündnis mit der Prüfung der Frage, wie die NATO ihre politischen und militärischen Strukturen und Verfahren so weiterentwickeln und anpassen könne, daß sie in der Lage ist, ihre Aufgaben, einschließlich friedenserhaltender Maßnahmen, wirksamer und flexibler wahrzunehmen sowie die Zusammenarbeit mit der Westeuropäischen Union (WEU) zu verbessern und die sich herausbildende europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) zum Ausdruck zu bringen. Im Rahmen dieses Überprüfungsprozesses befürworteten sie die Entwicklung des CJTF-Konzeptes als eines Mittels zur Erleichterung von Krisenoperationen, darunter Operationen, die mit Nichtmitgliedstaaten in Situationen durchzuführen sind, die nicht in den Bereich der kollektiven Verteidigung fallen.

Das Konzept

Ein CJTF wird als ein multinationales („combined“) und teilstreitkraftübergreifendes („joint“) Kommando definiert, das für bestimmte Krisenoperationen aufgestellt wird, die eine multinationale und teilstreitkraftübergreifende Führung durch ein CJTF-Hauptquartier voraussetzen.

Die Verbindung multinationaler und teilstreitkraftübergreifender Fähigkeiten ist eigentlich nichts Neues. Die Grundsätze multinationaler und teilstreitkraftübergreifender Kommandos sind von der NATO schon seit langem auf die

Vorgesehener Zeitablauf für die Umsetzung der CJTF



von ihr geplanten Operationen angewendet worden. Die integrierte Militärstruktur des Bündnisses ist nämlich sowohl multinational als auch teilstreitkraftübergreifend und entspricht daher der allgemein üblichen CJTF-Definition.

In bezug auf die CJTF hat sich die konzeptionelle Vorarbeit des Bündnisses weitgehend auf die Hauptquartiere (HQ) konzentriert, die zur Führung alliierter Streitkräftekommandos erforderlich sind. Dem Bündnis kam es in erster Linie darauf an, flexible, verlegbare, multinationale und teilstreitkraftübergreifende Hauptquartiere nach dem Baukastensystem zusammenzustellen. Ein CJTF-Hauptquartier sollte aufgebaut werden, indem aus einem Stammhauptquartier (eines der ständigen militärischen Hauptquartiere der NATO) ein Kernstab (ein ständiges Stabskernelement)[1]) ausgewählt und mit Hilfe von *Modulen* (Ressourcen, die von anderen NATO-Stellen oder von nationalen Stellen bereitgestellt werden) und durch Personal verstärkt wird. Die Verstärkung durch Module und Personal soll zunächst einmal auf der Grundlage von Ressourcen der militärischen Struktur des Bündnisses selbst erfolgen; erst danach bemüht man sich um eine weitere Verstärkung durch die Mitgliedstaaten.

Neben der Deckung zahlreicher allgemeiner Unterstützungs- und Materialerfordernisse soll dieses neue CJTF-Hauptquartier dem ernannten *CJTF-Kommandeur* dann ein genau auf die jeweilige Aufgabe zugeschnittenes Führungselement bieten. Das Konzept umfaßt auch die Möglichkeit, ein CJTF-Hauptquartier der NATO für Operationen der WEU einzusetzen oder Partnerstaaten und andere nicht der NATO angehörende Staaten einzubeziehen, was mit einem viel breiteren multinationalen Ansatz verbunden ist. Dies entspricht weitgehend der von der NATO für die IFOR/SFOR-Operationen[2]) in Bosnien und Herzegowina gewählten militärischen Struktur, die für die Entwicklung des CJTF-Konzeptes wertvolle praktische Hinweise gegeben hat.

Die Umsetzung in die Praxis

Auf der Grundlage der soliden konzeptionellen Vorarbeit und des darauffolgenden Berichts des Ständigen Rates über den politisch-militärischen Gesamtrahmen für das CJTF-Konzept baten die Außenminister der NATO-Staaten den Militärausschuß im Juni 1996 auf ihrer Tagung in Berlin, Empfehlungen zur praktischen Umsetzung des CJTF-Konzeptes vorzulegen. Die Außenminister hoben die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und Verfeinerung des Konzeptes hervor und empfahlen darüber hinaus eine Piloterprobung. Diese Bitte und die damit verbundene Empfehlung wurden im Dezember 1996 vom Rat bestätigt; sie führten zu dem Beschluß des Militärausschusses, die obersten NATO-Befehlshaber, SACEUR und SACLANT,[3]) anzuweisen, mit der in drei Phasen eingeteilten Umsetzung des CJTF-Konzeptes zu beginnen (s. Schaubild).

In Phase 1 war die Bildung von drei Stammhauptquartieren[4]) auf der zweiten Kommandoebene der integrierten Militärstruktur (auf der direkt den obersten NATO-Befehlsbereichen unterstellten Ebene) sowie die Schaffung der Grundlagen für die Fähigkeit zur Dislozierung see- und landgestützter CJTF-Hauptquartiere vorgesehen. Geplant waren zwei Erprobungen von CJTF-Hauptquartieren; sie sollten den obersten NATO-Befehlshabern ermöglichen, das Anforderungsprofil, den Umfang und die Struktur von CJTF-Kernstäben und CJTF-Hauptquartieren genauer zu prüfen.

Das Führungszentrum während der ersten CJTF-HQ-Erprobung Allied Effort 97.

Im September 1998 gab der Militärausschuß der NATO, der auf der Ebene der Stabschefs zusammengetreten war, die Anweisung zur Einleitung der *Phase 2* (der Beurteilungsphase) des CJTF-Konzeptes, die als Vorbereitung der *Phase 3* (vollständige Umsetzung in die Praxis) dienen sollte.

Erprobungen von CJTF-Hauptquartieren

Da es für sehr wichtig gehalten wurde, das Konzept voranzubringen, wurden die beiden CJTF-HQ-Erprobungen im Gegensatz zu dem üblichen 2-Jahres-Planungsrhythmus für NATO-Übungen in kurzem zeitlichen Abstand (11 Monate) geplant. Die erste Erprobung, *Allied Effort 97*, baute auf der Übung *Cooperative Guard* auf, einer bereits erfolgreich eingeführten Serie jährlicher Übungen im Abschnitt Europa Mitte. Die zweite Erprobung wurde in die Krisenübung *Strong Resolve 98* eingebunden, mit deren Planung man bereits weit vorangekommen war.

Im Rahmen der ersten Erprobung mußte ein CJTF-Hauptquartier auf eine Operation zur Unterstützung des Friedens (PSO – peace support operation) vorbereitet werden, die auf einer fiktiven Insel mit nur rudimentärer Infrastruktur (kein modernes Straßen-, Flugverkehrs- und Kommunikationsnetz) bei geringer Unterstützung durch den Aufnahmestaat (HNS)[5]) und weit entfernt vom Abschnitt Europa Mitte durchzuführen war. Die konkreten Vorbereitungen für diese Erprobung und die sich daran anschließende Stabsrahmenübung (CPX)[6]) vom November 1997 fanden hauptsächlich im Abschnitt Europa Mitte statt, nämlich in nächster Nähe zum Stammhauptquartier AFCENT (Alliierte Streitkräfte Europa Mitte). Diese Erprobung diente dazu, Erfordernisse eines landgestützten CJTF-Hauptquartiers zu ermitteln, und sie konzentrierte sich ausschließlich auf die CJTF-HQ-Ebene, denn die höheren und tieferen Ebenen wurden lediglich zur Unterstützung des fiktiven Übungsgeschehens einbezogen.

Die zweite Erprobung, *Strong Resolve 98* (Crisis South), war Teil einer echten Einsatzübung, die gemeinsam von den beiden obersten NATO-Befehlshabern (SACEUR und SAC-

(1) CJTF-Kernstäbe bilden eine minimale Grundrahmenstruktur, die als Ausgangspunkt für den raschen Aufbau eines vollständigen Hauptquartiers dient.

(2) Implementation Force/ Stabilisation Force – Durchführungstruppen/ Stabilisierungstruppen.

(3) Oberster Alliierter Befehlshaber Europas und Oberster Alliierter Befehlshaber Atlantik.

(4) Hauptquartier Alliierte Streitkräfte Europa Mitte (AFCENT), Hauptquartier Alliierte Streitkräfte Europa Süd (AFSOUTH) und Hauptquartier Eingreiffloette Atlantik (STRIKFLTLANT).

(5) „Host nation support" (HNS) steht für örtliche militärische oder zivile Ressourcen, mit denen eine Operation unterstützt werden kann.

(6) Eine „CPX" (command post exercise – Stabsrahmenübung) ist eine Führungsübung, an der ein Stab, aber nicht die Einheiten oder Truppen beteiligt sind.

Die USS Mount Whitney (oben) im März 1998 vor der Küste der iberischen Halbinsel, als britische Amphibienfahrzeuge (unten) während der CJTF-HQ-Erprobung Strong Resolve 98 (Crisis South) bei Sierra del Retin anlanden.

LANT) geplant und durchgeführt wurde. Bei dieser Erprobung, die im März 1998 stattfand, lag der Schwerpunkt darauf, ein seegestütztes CJTF-Hauptquartier an Bord der USS Mount Whitney aufzubauen, die dazugehörigen Truppen aufzustellen, sie in das Krisengebiet zu entsenden und dort einzusetzen.

Während der Erprobung erhielt das CJTF-Hauptquartier die Aufgabe, in dem fiktiven Staat „Azure" eine Operation zur Unterstützung des Friedens vorzubereiten. Im Gegensatz zu einem in der realen Welt wahrscheinlichen Szenario herrschten in Azure gute Bedingungen für die Unterstützung durch den Aufnahmestaat, verfügte dieser Staat über eine solide Infrastruktur und waren die Versorgungswege von Europa Mitte und Nordamerika nach Azure relativ kurz; zudem war die Unterstützung der Übung gesichert. Auch die Tatsache, daß Unterstützung für die Übung vor Ort war, hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Fähigkeit der Stäbe, auf operativer Ebene echten Nutzen aus der Übung zu ziehen.

Die Auswertung und die Ergebnisse der Erprobungen

Die Auswertung dieser beiden Erprobungen konzentrierte sich auf die zugrundeliegenden Konzeptionen und Doktrinen; sie zielte nicht darauf ab, die tatsächliche Leistungsstärke des jeweiligen CJTF-Hauptquartiers zu bemessen. Während der Auswertung wurden also der Aufbau des CJTF-Hauptquartiers, die teilstreitkraftübergreifenden Fähigkeiten bezüglich der Führung und der operationellen Planung, die Dislozierungs- und Versorgungsaspekte, die Restfähigkeit des Stammhauptquartiers (d.h. die Fähigkeit, seine Aufgaben ohne den CJTF-Kernstab wahrzunehmen) und die einschlägigen Erfordernisse auf dem Gebiet der Kommunikations- und Informationssysteme beurteilt.

Dem alliierten teilstreitkraftübergreifenden Planungsstab, zu dessen Aufgaben die strategische Planung für die beiden obersten NATO-Befehlsbereiche zählt, wurde bei der Auswertung die Federführung übertragen. In der Auswertung der beiden Erprobungen wurden mehrere Bereiche von zentraler Bedeutung aufgeführt.

Wegen der vorrangigen Verpflichtungen der NATO in Bosnien und der Ablösung des SFOR-Stabes im Dezember 1997 erwies sich bei beiden Erprobungen die Verstärkung des von dem jeweiligen Stammhauptquartier zur Verfügung gestellten CJTF-HQ-Kernstabes als etwas problematisch. Daher mußte man notgedrungen akzeptieren, daß das CJTF-Hauptquartier personell durch Einzelpersonen und nicht durch die eigentlich vorzuziehenden Module verstärkt wurde.

Die Einbeziehung von Partnerstaaten in die beiden Erprobungen (als Beobachter bei der Übung *Allied Effort 97* und als in die Übung integrierte Akteure bei der Übung *Strong Resolve 98*) wurde als positive Entwicklung betrachtet. Bulgarien, Litauen, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien[7]), Polen, Rumänien, Schweden, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn haben für *Strong Resolve 98* eine Vielzahl von Mitteln der Luft-, Land- oder Seestreitkräfte bereitgestellt. Darüber hinaus wurden die Vorteile der Verstärkung mit Modulen dadurch deutlich, daß ein rumänisches Stabsverstärkungsmodul für das seegestützte CJTF-Hauptquartier zur Verfügung gestellt wurde. Wir kamen zu dem Schluß, daß die Beteiligung der Partnerstaaten an den Erprobungen als ein positiver erster Schritt in Richtung auf ihre künftige umfassendere Einbindung zu betrachten ist.

Wir stellten auch fest, daß der Aufbau eines CJTF-Hauptquartiers verbesserungsbedürftig ist und die Kernstruktur eine größere Bandbreite und stärkere Ausprägung von Fähigkeiten aufweisen muß, wenn sie den Herausforderungen gewachsen sein soll, die sich durch Operationen außerhalb des Bündnisgebietes ergeben. Beispielsweise sollten bestimmte Aufgabenbereiche des Stabes wie die Zusammenarbeit zwischen dem militärischen und dem zivilen Sektor im Rahmen des CJTF-Hauptquartiers vertreten sein. Ferner sind bessere Definitionen des Umfangs und der Zusammensetzung von Verstärkungsmodulen erforderlich, damit man sowohl den Erfordernissen des CJTF-Hauptquartiers als auch den Anforderungen des Stammhauptquartiers Rechnung tragen kann.

Bei beiden Erprobungen zeigte sich, daß die CJTF-Hauptquartiere den Übergang von einer rein militärischen (kriegführenden) Funktion zu den anspruchsvolleren Aufgaben im Zusammenhang mit Friedensoperationen (z.B. Einsatz nichttödlicher Alternativen, Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und dem militärischen Sektor und wirksame Öffentlichkeitsarbeit) sehr rasch bewältigen können. Auf der Grundlage der Erprobungen und der Lehren aus den derzeitigen Operationen der NATO in Bosnien ist deutlich geworden, daß ein CJTF-Hauptquartier erhebliche Ressourcen erfordert und sein Personal über die für die jeweilige Aufgabe geeigneten Qualifikationen verfügen muß.

(7) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

Bei keiner der beiden Erprobungen sollte die Fähigkeit der NATO unter Beweis gestellt werden, die nötigen Ressourcen für die Dislozierung und Versorgung eines CJTF-Hauptquartiers weit außerhalb des Bündnisgebietes bereitzustellen. Folglich war die tatsächliche Notwendigkeit einer Entsendung von Streitkräften kein fester Bestandteil der in Verbindung mit *Allied Effort 97* durchgeführten Stabsrahmenübung, aber bei den Beratungen des Stabes während der Übung wurden trotzdem Probleme im Zusammenhang mit landgestützten verlegbaren Führungssystemen (darunter die Frage, ob diese Mittel rechtzeitig zur Verfügung stehen würden) zur Sprache gebracht sowie konkrete Zahlen in bezug auf die schnelle Entsendung des Kernstabes und der damit zusammenhängenden Unterstützung in das Krisengebiet oder dessen Nähe genannt.

Im Gegensatz dazu konnte das CJTF-Hauptquartier der Übung *Strong Resolve 98* seine Flexibilität im Hinblick auf seine rasche Dislozierung dadurch unter Beweis stellen, daß seine Verstärkung an Bord der USS Mount Whitney und der Seetransport in das Operationsgebiet in die Übung einbezogen waren. Bei beiden Erprobungen erfolgte die Versorgung des jeweiligen CJTF-Hauptquartiers zwar wegen ihrer relativ kurzen Dauer ausschließlich im Rahmen der integrierten Militärstruktur des Bündnisses, aber man ist sich durchaus darüber im klaren, daß die Versorgungsfrage eine entscheidende Rolle spielt; dies zeigte sich auch daran, daß Ressourcen der einzelnen Mitgliedstaaten erforderlich waren, um im Hinblick auf die im Dezember 1995 eingeleiteten Operationen der NATO in Bosnien die Versorgung sicherzustellen.

Eine Frage, die immer beträchtliche Aufmerksamkeit verlangen wird, ist die Bestimmung des Aufbaus der Kommunikations- und Informationssysteme und die Ermittlung der erforderlichen Ressourcen, einschließlich der Führungssysteme, der Arbeitsplatzcomputersysteme, der Verkabelungsanforderungen, der Vernetzung usw. Beide Erprobungen ließen deutlich erkennen, wie wichtig effiziente und belastbare Kommunikations- und Informationssysteme sind. *Strong Resolve 98* bot – auch wenn gewisse Einschränkungen zu machen sind – eine Gelegenheit, die strategischen Kommunikationserfordernisse für ein seegestütztes CJTF-Hauptquartier zu beurteilen. Andererseits machte *Allied Effort 97*, obwohl die Beschränkungen dieser Übung eine umfassende Erprobung der Kommunikations- und Informationssysteme, die für eine länger anhaltende Unterstützung eines landgestützten CJTF-Hauptquartiers während einer Friedensoperation erforderlich sind, auch deutlich, daß die Bereitstellung strategischer Fähigkeiten im Bereich der Kommunikations- und Informationssysteme für zwei gleichzeitig dislozierte CJTF-Hauptquartiere zusätzliche Ressourcen erfordern wird.

Parallel zur Auswertung der beiden Erprobungen haben die beiden obersten NATO-Befehlshaber einen Plan zur Einbeziehung der CJTF-HQ-Ausbildungsfähigkeiten in die regulären Übungspläne und -programme der NATO erarbeitet. Die Übung *Allied Mix 99*, die im Herbst 1999 von den Alliierten Streitkräften Europa Süd (AFSOUTH) durchgeführt werden soll, wird diesen Streitkräften die Gelegenheit bieten, ihre Fähigkeiten als CJTF-Stammhauptquartier zu entwickeln, auszubilden und zu erproben. Diese Übung wird auch dazu dienen, weitere Aspekte der sich herausbildenden CJTF-Doktrin zu konzipieren.

Die nächste Phase

Die CJTF-Erprobungen haben gezeigt, daß das Konzept praktisch durchführbar ist und die land- und seegestützten CJTF-Hauptquartiere den Herausforderungen der geplanten Aufgaben gewachsen sind. Durch die Ergebnisse der Auswertungsphase, die Lehren aus den Operationen in Bosnien und die fortlaufenden Stabsanalysen verfügt die NATO über eine Vielfalt von Informationen, die sie bei der weiteren Umsetzung des CJTF-Konzeptes – auch bei der Feinarbeit an der CJTF-Doktrin und bei der Bestimmung der Kosten – nutzen kann.

Die ersten beiden Erprobungen waren ein wichtiger, konstruktiver erster Schritt. Meiner Meinung nach müssen wir jedoch den Schwerpunkt vom CJTF-Hauptquartier selbst in Richtung auf eine detailliertere Untersuchung anderer Fragen im Zusammenhang mit dem CJTF-Konzept verlagern, darunter Fragen des Aufbaus, der Ausbildung, der Dislozierung, des Einsatzes und der Verlegung von Hauptquartieren. Die Hauptquartiere der nächsten Ebene in der Befehlshierarchie, d.h. der CJTF-Teilstreitkraftkommandos, sowie die nötige Versorgung über längere Zeiträume hinweg, die turnusmäßige Ablösung von Personal sowie Kommunikations- und Informationssysteme und ihre Kosten werden alle bei der Feinabstimmung der verschiedenen Faktoren des Konzeptes, die natürlich auch zum Durchführungsprozeß gehört, eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Wir im alliierten teilstreitkraftübergreifenden Planungsstab der NATO sehen der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen der nächsten Phase der Umsetzung des CJTF-Konzeptes mit erwartungsvoller Zuversicht entgegen. ◆

Ein weiterer Blick auf die Rolle der NATO im europäischen Sicherheitsumfeld

Michael Rühle

Leitender Mitarbeiter des Referates für politische Planung und Reden in der politischen Abteilung der NATO

Viele Beobachter können nach wie vor nicht verstehen, warum die NATO lange nach dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung immer noch aktiv ist. Ihre Verwunderung entspringt einem analytischen Ansatz, der das Bündnis ausschließlich mit dem Zweck verbindet, die Kollektive Verteidigung zu gewährleisten, so Rühle. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind die verschiedenen Institutionen jedoch zu „Mehrzweck"-Instrumentarien geworden, die zusammenarbeiten, um ein besseres strategisches Umfeld zu schaffen. Dadurch daß die NATO den Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, die Demokratisierung Rußlands, tragfähige transatlantische Beziehungen und die Erarbeitung gemeinsamer Strategien zur Bewältigung von Krisen unterstützt, hat sie sich zu einem Instrument entwickelt, mit dessen Hilfe sich das Sicherheitsumfeld im weitesten Sinne gestalten läßt.

Die falschen Fragen

„Welchem Zweck dient die NATO nach dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung?" Zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges wird diese Frage noch immer gestellt. Es ist eine durchaus legitime Frage. Schließlich sagt uns doch die Geschichtstheorie, daß sich Bündnisse auflösen, wenn der gemeinsame Feind besiegt worden ist. Wenn das so ist, warum gibt es die NATO dann immer noch? Und warum beherrscht sie immer noch die europäische Sicherheitsdebatte – von Bosnien bis hin zur Frage der Erweiterung?

Manche über den Fortbestand der NATO verwunderte Kritiker haben die Vermutung geäußert, dies sei lediglich das Ergebnis bürokratischer Erstarrung. Andere vertreten die Ansicht, das hektische Arbeitsprogramm der NATO sei inszeniert und solle nur darüber hinwegtäuschen, daß das Bündnis seine Daseinsberechtigung verloren habe. Solche Äußerungen sind jedoch völlig verfehlt, denn sie beruhen alle auf einem grundsätzlichen Mißverständnis, was die Rolle der verschiedenen Institutionen im heutigen Sicherheitsumfeld angeht.

Von links nach rechts: Jorge Domecq (Leiter des Büros des NATO-Generalsekretärs), NATO-Generalsekretär Javier Solana, General Klaus Naumann (Vorsitzender des Militärausschusses) und Anthony Cragg (Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Verteidigungsplanung und Operationen) am 27. Oktober 1998 kurz vor Beginn der Sitzung des Nordatlantikrates zur Krise im Kosovo.

Während des Ost-West-Konfliktes hatte jede Institution eine klar definierbare Aufgabe; jede Organisation war für lediglich einen Bereich zuständig. Damals hatte die NATO eine Verteidigungs- und Abschreckungsfunktion gegenüber einer ganz bestimmten Bedrohung. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind die Institutionen jedoch zu Mehrzweckinstrumentarien geworden, die zusammenarbeiten, um ein besseres strategisches Umfeld zu schaffen.

Wenn man verstehen will, warum es die NATO auch heute noch gibt und warum sie sogar noch mehr zu tun hat als früher, muß also ein anderer analytischer Ansatz gewählt werden. Statt vergeblich nach einem einzelnen Zweck zu suchen, der an die Stelle der „sowjetischen Bedrohung" treten könnte, ist eine umfassendere Fragestellung zu wählen, nämlich: „Welchen Beitrag leistet die NATO zu der sich nun herausbildenden euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur?"

Die Sicherheitsarchitektur als richtiger Rahmen

Eine derartige Umformulierung der Frage führt natürlich zu einer weiteren Frage – zu der Frage nach einer Definition des Begriffs der Sicherheitsarchitektur. Es sind schon zahlreiche Definitionen vorgeschlagen worden, die sich häufig auf das Konzept der „ineinandergreifenden Institutionen" stützen. Dieses Konzept bietet unverändert einen nützlichen intellektuellen Rahmen, aber es trägt der Dynamik der Entwicklungen im Europa nach dem Ende des Kalten Krieges nicht genügend Rechnung. Statt den Blick auf die Institutionen zu richten, könnte es sinnvoller sein, eine Architektur als eine Reihe zentraler politischer Prozesse zu betrachten, die das strategische Umfeld bestimmen: der europäische Integrationsprozeß, die Entwicklung Rußlands, der Ausbau der transatlantischen Beziehungen und die Entwicklungen auf dem Gebiet der Krisenbewältigung im euro-atlantischen Raum. Wenn sich diese Prozesse in die richtige Richtung bewegen, werden sie ein Netz von Beziehungen aufbauen, in dem sich Krisen und Konflikte verhindern oder zumindest erfolgreich bewältigen lassen, d.h. sie werden eine „Architektur" schaffen.

Eine gezielte Lenkung dieser Prozesse erfordert zweifellos die Beteiligung von weitaus mehr Akteuren als der NATO allein. So haben sich in den letzten Jahren alle großen Organisationen zu „Mehrzweck"-Institutionen entwickelt und sind nun daran beteiligt, diese umfassenden Prozesse

zu steuern. Die Erweiterung der Europäischen Union, die EU-Sonderprogramme für Rußland oder auch die zunehmende Bedeutung der Mittelmeerdimension der EU bezeugen dies ebenso wie die Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei der Entschärfung von Minderheitenproblemen in Europa, bei der Abhaltung freier Wahlen in Bosnien und bei der Überprüfung einer Friedensvereinbarung für den Kosovo.

Die NATO behält aber trotzdem ihren einzigartigen Charakter, denn nur sie hat ein Instrumentarium zu bieten, das diese Prozesse zu einem zusammenhängenden Ganzen verbinden kann. Indem das Bündnis politische Konsultationsmechanismen, militärische Kompetenz und ein transatlantisches Mandat miteinander verbindet, leistet es einen einzigartigen Beitrag zur Gestaltung der Sicherheitsdimension des europäischen Integrationsprozesses, zur Entwicklung Rußlands zu einem verantwortungsbewußten Akteur auf der sicherheitspolitischen Bühne, zur Aufrechterhaltung der transatlantischen Beziehungen und zur Entwicklung der Krisenbewältigungsmechanismen im euro-atlantischen Raum.

Die europäische Einigung: Vertiefung und Erweiterung

Zwischen der NATO und dem europäischen Integrationsprozeß besteht seit jeher ein enger Zusammenhang. Während des Kalten Krieges verhielt sich die NATO gegenüber dem europäischen Integrationsprozeß jedoch stets passiv: Das Atlantische Bündnis gewährleistete die Sicherheit eines Europas, das sich weitgehend auf die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit konzentrierte.

Diese passive Rolle der NATO gehört inzwischen der Vergangenheit an. Seit der Beschluß gefaßt wurde, eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) innerhalb und nicht außerhalb der NATO zu entwickeln, spielt die NATO bei der Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses eine aktive Rolle. Durch die Stärkung der Fähigkeit der WEU, in Fällen aktiv zu werden, in denen eine militärische Reaktion der Europäer vorzuziehen ist, schafft die NATO die Rahmenbedingungen für eine allmähliche Überwindung der Hindernisse, welche die Rolle Europas als eines Akteurs auf der strategischen Bühne begrenzen.

In der Entwicklung der ESVI innerhalb der NATO spiegelt sich nicht nur das Bewußtsein wider, das das militärische Gewicht Europas auf absehbare Zeit von der materiellen Unterstützung durcn die Vereinigten Staaten abhängig sein wird. Auf diese Weise wird vielmehr auch sichergestellt, daß andere strategische Partner wie Kanada, Norwegen und die Türkei in den Prozeß eingebunden bleiben. Insgesamt gesehen sollte eine flexiblere NATO Europa also Fortschritte bei der Vertiefung seines Integrationsprozesses ermöglichen können, ohne daß sich für Europa eine schmerzliche Kluft zwischen seinen politischen Ambitionen und seinen begrenzten militärischen Mitteln auftut.

Der Beitrag der NATO zur Erweiterung des europäischen Intergrationsprozesses ist sogar noch direkter: Er besteht in der Erweiterung der NATO selbst. Die Spaltung Europas läßt sich nur endgültig überwinden, wenn auch die neuen Demokratien im Osten in der Lage sind, ihr Recht auf die Bestimmung ihrer Außenpolitik und ihres sicherheitspolitischen Kurses ungehindert wahrzunehmen. Angesichts des bisher einzigartigen Integrationsgrades, der in der NATO und der EU erreicht werden konnte, sollte es niemanden überraschen, daß viele dieser Staaten ihre Zukunft in der Mitgliedschaft in diesen beiden Organisationen sehen.

Die beiden genannten Erweiterungsprozesse haben ihren Wert als wirksame Instrumente des kontrollierten Wandels bereits unter Beweis gestellt. Schon die bloße Aussicht auf die Mitgliedschaft in der NATO und der EU hat viele Staaten Mittel- und Osteuropas dazu veranlaßt, innenpolitische Reformen in Angriff zu nehmen und bilaterale Streitfragen zu lösen. Die glaubwürdige Zusage der NATO, die Tür für weitere Beitrittskandidaten offenzuhalten, ist daher wahrscheinlich noch viele Jahre lang eines der wirksamsten Mittel, das strategische Umfeld positiv zu beeinflussen.

Eine Vorbereitungsgruppe am 18. Oktober 1998 in Pristina, wo sie die in mehreren Phasen geplante Ankunft von 2 000 OSZE-Beobachtern vorbereitet, welche die Einhaltung der Resolutionen der Vereinten Nationen zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe im Kosovo überprüfen sollen. Geplant ist auch eine NATO-Truppe, die erforderlichenfalls die sofortige Evakuierung der OSZE-Beobachter regeln kann. (Foto: AP)

Die NATO und Rußland: auf dem Weg zu einer tragfähigen Partnerschaft

Die Entwicklung Rußlands als der größten sicherheitspolitischen Variablen Europas ist der zweite bedeutende politische Prozeß, der sich auf die Zukunft einer neuen Sicherheitsarchitektur auswirken wird. Bleibt Rußland auf dem Weg der Demokratie und der Marktwirtschaft, so können die meisten Sicherheitsprobleme auf der Grundlage der Zusammenarbeit gelöst werden, gleichviel ob es sich um regionale Konflikte, um Probleme der nuklearen Sicherheit oder um Fragen der Nichtverbreitung handelt. Es liegt folglich durchaus im Interesse der NATO, Rußland konstruktiv in die sich herausbildende Sicherheitsarchitektur einzubeziehen.

Was kann die NATO jedoch tun, um Rußland dabei zu helfen, sich an europäischen Entwicklungen zu beteiligen? Ist die NATO nicht gerade diejenige Organisation, die Rußland am deutlichsten ausgrenzt und deren Kooperationsmöglichkeiten demnach am stärksten begrenzt sind?

Es wäre wirklich anmaßend, wenn das Bündnis für sich eine führende Rolle bei der Einbindung Rußlands in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten beanspruchen wollte. Trotzdem sind die Kooperationsbemühungen des Bündnisses gegenüber Rußland unverändert von größter Bedeutung. Sie machen deutlich, daß die NATO Rußland als wichtigen sicherheitspolitischen Akteur ernst nimmt.

Die im Mai 1997 zwischen der NATO und Rußland vereinbarte Grundakte machte den Weg zu neuen Beziehungen frei, die durch Zusammenarbeit gekennzeichnet sein sollten. Sie eröffnete neue Kooperationsmöglichkeiten – von der Verhin-derung der Verbreitung von Waffen bis hin zu gemeinsamen Strategien für die Bewältigung von Krisen. Darüber hinaus sind die politischen Konsultationen zwischen dem Bündnis und dieser eurasischen Großmacht durch den Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rat (SGR) institutionalisiert worden. Der SGR beseitigt daher eine Lücke in der europäischen Sicherheitsarchitektur, denn auch wenn die Konsultationen im Ständigen Gemeinsamen Rat nicht immer zu gemeinsamen Positionen führen können, werden sie Mißverständnisse und widersprüchliche Signale in einer Krise auf ein Minimum begrenzen. Vor allem zeigen diese Konsultationen jedoch, daß die NATO und Rußland nicht dem fatalistischen Trugschluß erlegen sind, sie müßten einander für alle Zeiten als Gegner bezeichnen.

Die transatlantischen Beziehungen als Dreh- und Angelpunkt des Bündnisses

Weder der europäische Integrationsprozeß noch die konstruktive Einbindung Rußlands wäre ohne die starke transatlantische Bindung möglich. Die Sicherheitsbeziehungen, die Nordamerika mit Europa verbinden, leisten nach wie vor einen Beitrag zu soliden innereuropäischen Beziehungen. Sie stellen zudem sicher, daß Rußland nicht der Versuchung anheimfällt, seine Sicherheitsinteressen erneut auf Kosten seiner Nachbarn zu verfolgen. Und schließlich darf man nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten nach wie vor ein einzigartiger Krisenmanager sind – von ihrer Rolle bei der Erleichterung der Vereinigung Deutschlands bis hin zu ihrer Bedeutung für die Lösung des Bosnienkonfliktes.

Dies sind die Gründe dafür, daß eine neue europäische Sicherheitsarchitektur immer auch eine euro-atlantische Architektur sein muß. Wenn die transatlantische Bindung auch in Zukunft zuverlässig funktionieren soll, wird es jedoch nicht genügen, einfach den alten Routinen zu folgen. Auf beiden Seiten des Atlantiks wächst eine neue Generation führender Politiker heran, die das Bündnis nicht mehr unter dem Blickwinkel der persönlichen Erfahrung oder der emotionalen Zugehörigkeit betrachten. Dies legt nahe, daß die NATO, wenn sie in einem neuen Sicherheitsumfeld das zentrale Forum der transatlantischen Sicherheitszusammenarbeit bleiben will, in der Lage sein muß, neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Eine derartige Heraustorderung ist die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Sie mit politischen Mitteln zu verhindern und gleichzeitig einen militärischen Schutz vor ihren Folgen zu gewährleisten, ist nur durch transatlantische Zusammenarbeit möglich. Es ist also ganz logisch, daß die NATO diese Frage auf ihre Tagesordnung gesetzt hat.

Der amerikanische Verteidigungsminister William Cohen (links) neben dem portugiesischen Verteidigungsminister Veiga Simão in Vilamoura, Portugal, während des informellen Treffens der Verteidigungsminister der NATO-Staaten am 24. September 1998. Solide transatlantische Beziehungen bilden den Dreh- und Angelpunkt des Bündnisses.

Die Aufrechterhaltung solider transatlantischer Beziehungen verlangt auch, daß man sich mit der Frage einer gerechten Lastenteilung innerhalb des Bündnisses auseinandersetzt. Wie in bezug auf die europäische Integration dargelegt wurde, bemüht sich die NATO derzeit – indem sie die Handlungsfähigkeit der Europäer stärkt – um eine neue Formel der transatlantischen Lastenteilung.

Diese Politik wird allerdings nur von Erfolg gekrönt sein, wenn die Vereinigten Staaten ihre unterschwellige Skepsis gegenüber einer eigenen sicherheitspolitischen Rolle Europas überwinden. Ebenso muß Europa aber die Verwirklichung der ESVI nicht nur als Ausdruck der europäischen Selbstbehauptung anstreben, sondern als echten Beitrag zu einer neuen, tragfähigeren transatlantischen Partnerschaft.

Auf dem Weg zu einem euro-atlantischen Sicherheitsraum

Die europäische Integration, die Entwicklung Rußlands, die transatlantischen Beziehungen – diese drei Prozesse haben alle eins gemeinsam: Sie sind für die Sicherheit der euro-atlantischen Region von ausschlaggebender Bedeutung. Für regionale Konflikte gilt dies dagegen nicht. Zumindest territorial gesehen spielen sie nämlich keine „lebenswichtige“ Rolle. Der Konflikt in Bosnien hat jedoch trotzdem tiefe Wunden im gesamten euro-atlantischen Raum aufgerissen. Unstimmigkeiten in den transatlantischen Beziehungen, in den Beziehungen zwischen der NATO und Rußland sowie in den innereuropäischen Beziehungen drohten genau das Vertrauen zu untergraben, das für den Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur erforderlich ist. Für eine derartige Architektur braucht man folglich noch einen weiteren Baustein: die Fähigkeit zur Bewältigung von Krisen im gesamten euro-atlantischen Raum.

Auch in bezug auf diese Aufgabe bildet das Bündnis unverändert die sine qua non-Institution. Dank seiner einzigartigen militärischen Kompetenz konnte es Kontakte zu zahlreichen nicht der NATO angehörenden Staaten herstellen. Durch die Partnerschaft für den Frieden (PfP) haben 27 Staaten – von Schweden bis nach Kasachstan – kooperative militärische Beziehungen zur NATO hergestellt. Keine andere Institution hätte eine derart große Dynamik entwickeln können.

Die Zusammenarbeit im Rahmen der PfP hat bereits bei der Organisation der gemeinsamen Operationen in Bosnien und der Unterstützung der Nachbarstaaten des Kosovos eine große Rolle gespielt. Sie wird auch in Zukunft die Vereinbarung militärischer Zusammenschlüsse erleichtern. In Verbindung mit dem politischen Gegenstück der PfP, dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR), hat die NATO somit eine sicherheitspolitische Rahmenstruktur geschaffen, die verschiedene Mitgliedschaften miteinander vereinbar macht, im Hinblick auf die Bewältigung von Krisen und die regionale Zusammenarbeit gemeinsame Lösungsansätze fördert und den ehemals neutralen Staaten eine Möglichkeit gibt, sich den euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen anzunähern.

Die richtigen Fragen

Die NATO ist in bezug auf die Gestaltung des euro-atlantischen Sicherheitsumfelds zu einem unverzichtbaren Instrument des Wandels geworden, d.h. zu einem Katalysator für die Entwicklung einer umfassenderen Sicherheitsordnung. Daher wird jeder Versuch, das Bündnis mit den veralteten Denkmustern des Kalten Krieges zu analysieren, ein Verständnis der fortdauernden Vitalität der NATO von vornherein unmöglich machen. Die zu stellende Frage lautet also nicht: „Welchem Einzelzweck dient die NATO in der Zeit nach dem Kalten Krieg?“, sondern die eigentliche Frage lautet: „Welchen Beitrag leistet die NATO zu der sich nun herausbildenden euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur?“

Dies ist zugegebenermaßen ein anspruchsvoller Gradmesser für die Leistungsfähigkeit der NATO, denn er geht weit über den Bereich der Abschreckung und der Verteidigung hinaus und erstreckt sich auf die Bewältigung langfristiger politischer Veränderungen. Es ist jedoch der einzige sinnvolle Gradmesser, den man anwenden kann. Wie NATO-Generalsekretär Javier Solana einmal sagte, hat die NATO ihren Schwerpunkt von der Verhinderung des „schlimmsten Falls“ auf die Erreichung des „besten Falls“ verlagert, d.h. auf den Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur für den euro-atlantischen Raum. ◆

Die NATO im Blickpunkt

Neuer Ständiger Vertreter Frankreichs

Botschafter Philippe Guelluy ist als Nachfolger von Gérard Errera zum neuen Ständigen Vertreter Frankreichs im Nordatlantikrat ernannt worden.

Philippe Guelluy (47) begann seine diplomatische Laufbahn 1971 in Tokio und wurde vier Jahre später zur Ständigen Vertretung seines Landes bei der NATO entsandt. Nachdem er 1978 ins französische Außenministerium zurückgekehrt war, wurde er 1979 in Madrid zum Botschaftsrat ernannt. Vier Jahre später kehrte er zunächst als stellvertretender Leiter und dann als Leiter der Abteilung für strategische Angelegenheiten ins französische Außenministerium zurück, bevor er 1992 zum Botschafter seines Landes in Norwegen ernannt wurde. 1995 übernahm er einen Posten im Verteidigungsministerium in Paris; danach war er wieder in leitender Position im französischen Außenministerium tätig, bis er im September 1998 sein Amt bei der NATO antrat.

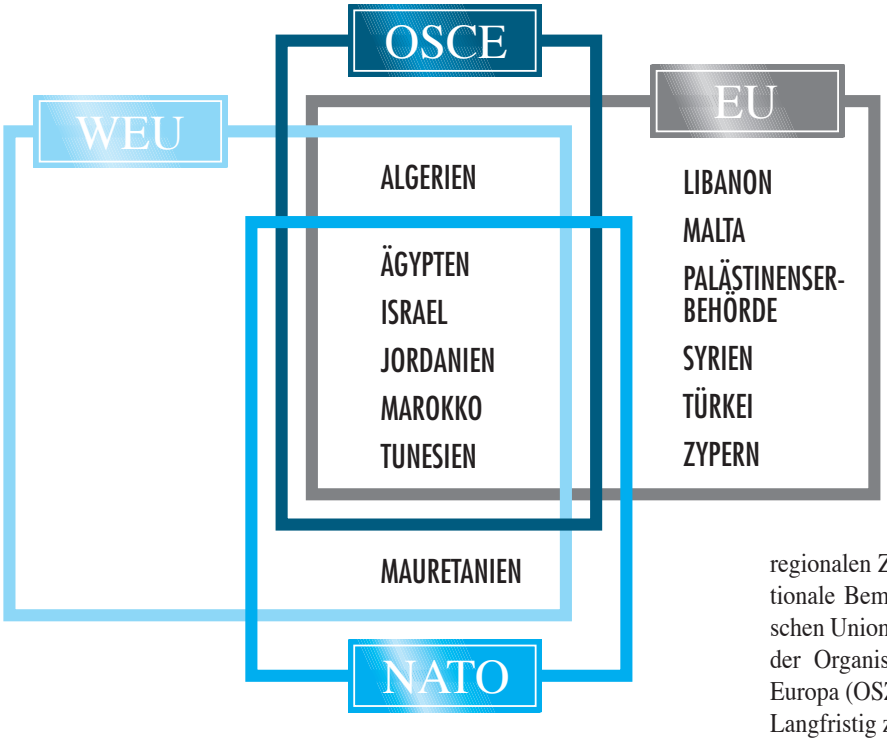
Die Stärkung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum: Der Beitrag der NATO

Alberto Bin,
Mitarbeiter des Referates für multilaterale und regionale Angelegenheiten in der NATO-Abteilung für Politische Angelegenheiten

Als Teil eines umfassenden Rahmens von Kooperationsmaßnahmen im Mittelmeerraum zielt der Mittelmeerdialog der NATO darauf ab, die Verständigung zwischen den beteiligten Staaten und die Stabilität dieser Region zu verbessern. Im Laufe des letzten Jahres hat der Dialog seinen praktischen Wert und seine Ausbaufähigkeit unter Beweis gestellt; alle sechs Dialogpartner – Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien – haben sich an zahlreichen Kooperationsaktivitäten beteiligt. Dr. Alberto Bin vertritt jedoch die Ansicht, daß der Erfolg des Mittelmeerdialogs letztlich davon abhängen wird, daß er sowohl von der NATO als auch von den beteiligten Mittelmeerstaaten noch stärker unterstützt wird. Eine Möglichkeit zur Verbesserung des Dialogs könnte darin bestehen, daß sich die NATO mit ihrer Arbeit auf Bereiche konzentriert, in denen sie eindeutig einen Vorsprung hat, einschließlich des Verteidigungs- und Sicherheitsbereichs.

Die tiefgreifenden Veränderungen, die in den letzten zehn Jahren im europäischen Sicherheitsumfeld zu beobachten waren, haben sich auch auf den Mittelmeerraum ausgewirkt. Die zunehmende strategische Bedeutung der Region ergibt sich aus der wachsenden Einsicht in die Tatsache, daß die Sicherheit Europas eng mit der Sicherheit und Stabilität des Mittelmeerraums verknüpft ist.

KOOPERATIONSRAHMEN FÜR DEN MITTELMEERRAUM



22 Staaten sind Mittelmeeranrainer. Der komplexe Charakter eines derartigen Sicherheitsumfelds legt nahe, daß ein umfassendes Sicherheitskonzept erforderlich ist, das nicht nur politischen und militärischen Erfordernissen, sondern auch sozio-ökonomischen, ökologischen und kulturellen Faktoren Rechnung trägt. Viele der sicherheitsrelevanten Probleme, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges in der Region ergeben haben, sind nämlich nichtmilitärische Probleme, die manchmal mit eher traditionellen Sicherheitsgefahren zusammenhängen.

Die ersten Versuche, in dieser Region einen Dialog in Gang zu bringen, wurden Anfang der 70er Jahre unternommen, aber wegen der in der Zeit des Ost-West-Konfliktes vorherrschenden Rahmenbedingungen blieben sie relativ erfolglos. Das Ende des Kalten Krieges hat dann aber viele der Hindernisse für diejenigen Formen der regionalen Zusammenarbeit beseitigt, mit denen man den genannten Problemen im Mittelmeerraum wirksam entgegentreten kann.

Die politische Dimension

Der Mittelmeerdialog des Bündnisses mit sechs nicht der NATO angehörenden Mittelmeeranrainern – Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien – war nicht das Ergebnis eines bestimmten Ereignisses oder einer bestimmten Bedrohung, sondern ist vielmehr Teil des auf Zusammenarbeit ausgerichteten allgemeinen sicherheitspolitischen Ansatzes der NATO. Er fügt sich in einen breiten Rahmen der regionalen Zusammenarbeit ein und ergänzt andere internationale Bemühungen, wie z.B. die Initiativen der Europäischen Union (EU), der Westeuropäischen Union (WEU) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie den Friedensprozeß im Nahen Osten. Langfristig zielen alle diese Kooperationsprogramme darauf ab, im Mittelmeerraum die Voraussetzungen für friedliche Beziehungen zu schaffen, die für alle Seiten vorteilhaft sind.

Die NATO betrachtet den Mittelmeerraum als eine Region mit einer eigenen Dynamik und ganz spezifischen Herausforderungen; sie sieht hier in bezug auf Sicherheitsfragen ein bisher weitgehend ungenutztes Dialog- und Kooperationspotential. Mit ihrem Mittelmeerdialog verfolgt

die NATO ein in erster Linie politisches Ziel: Sie will die Politik und die Arbeit der NATO besser verständlich machen und selbst einen besseren Einblick in die sicherheitspolitischen Erfordernisse der beteiligten Staaten gewinnen. Der Mittelmeerdialog stützt sich zudem notwendigerweise auf ein differenziertes Vorgehen, denn sein Ausgangspunkt ist der Gedanke, daß man nicht einfach die gleichen Lösungen und Methoden der Zusammenarbeit auf die gesamte Region anwenden kann, und er berücksichtigt so die politische, sozioökonomische, kulturelle und religiöse Vielfalt der Region.

Der Mittelmeerdialog gewann an Dynamik, als im Juli 1997 auf dem Madrider Gipfeltreffen die Kooperationsgruppe Mittelmeer (Mediterranean Cooperation Group – MCG) gebildet wurde.[1]) Über die MCG führen die NATO-Mitgliedstaaten direkte politische Gespräche mit den beteiligten Mittelmeerländern, so daß die MCG ein Forum für den Meinungsaustausch über die Sicherheitslage im Mittelmeerraum bietet.

Die ersten politischen Gespräche zwischen den Bündnisstaaten und einzelnen Dialogpartnern fanden Ende 1997 statt; das letzte Gespräch dieser Art wurde im November 1998 geführt. Obwohl der Dialog vorwiegend auf bilateraler Ebene stattfindet, werden auch multilaterale Treffen organisiert, insbesondere in Form von Informationsveranstaltungen, die speziell für Regierungsvertreter der Dialogpartner bestimmt sind. Darüber hinaus sind die NATO-Staaten regelmäßig im Rahmen der MCG zusammengetreten, um politische Fragen und andere Angelegenheiten zu erörtern, die für den Dialog von direkter Bedeutung sind. Durch die Bildung der MCG ist die Mittelmeerdimension des Bündnisses sehr viel stärker in den Vordergrund getreten.

Praktische Zusammenarbeit

Neben den politischen Zielen verfolgt der Mittelmeerdialog auch das Ziel, die praktische Zusammenarbeit zu verbessern. Das wichtigste Instrumentarium dafür ist ein Arbeitsprogramm, das jährlich von der NATO und ihren Dialogpartnern zu vereinbaren ist. 1998 umfaßte dieses Programm beispielsweise Aktivitäten auf den Gebieten Information, zivile Notfallplanung, Wissenschaft und Verteidigung. Im Laufe des letzten Jahres hat sich der Dialog als solide Grundlage dafür erwiesen, mehr Vertrauen zu schaffen und unter den Mittelmeerstaaten die Transparenz in Sicherheitsangelegenheiten zu erhöhen.

Informationsaktivitäten sind ein zentraler Bestandteil der Initiative, da sie die Verständigung zwischen dem Bündnis und seinen Dialogpartnern erleichtern. Die NATO hat Konferenzen und Seminare für Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten und der am Dialog beteiligten Staaten unterstützt, darunter auch eine Konferenz in Rom, die im November 1997 auf hoher Ebene über den Mittelmeerdialog der NATO ausgerichtet und gemeinsam von der NATO und dem italienischen *Centro Militare di Studi Strategici* finanziert worden ist.[2]) Auf dieser Konferenz wurde den führen-

Ägyptische SFOR-Soldaten am 13. Oktober 1998 mit Flüchtlingen aus dem Kosovo in Sarajewo. Ägypten ist einer von drei am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten, die mit dem Bündnis bei den unter der Leitung der NATO durchgeführten IFOR/SFOR-Operationen in Bosnien und Herzegowina zusammengearbeitet haben. (Foto: Belga)

den politischen und militärischen Behörden der NATO sowie Vertretern der am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten und anderer Organisationen eine vom italienischen Verteidigungsministerium in Auftrag gegebene Studie des amerikanischen Forschungsunternehmens RAND vorgelegt, die sich mit der Zukunft des Dialogs befaßt.[3]) Eine weitere Veranstaltung dieser Art ist für Februar 1999 geplant; dann werden die spanische Regierung und die NATO in Valencia gemeinsam ein internationales Seminar über den Mittelmeerdialog und die neue NATO ausrichten.

Die NATO hat 1998 auch bereits Wissenschaftlern der Region die ersten Stipendien (Förderprogramm „Demokratische Institutionen“) vergeben, wobei sie dem erfolgreichen Modell folgt, das für Partnerstaaten in Mittel- und Osteuropa konzipiert worden ist. Fünf Stipendien gingen an Wissenschaftler aus Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko und Mauretanien. Zu den Forschungsgebieten der Stipendiaten zählen z.B. Themen wie „Die Sicherheit im östlichen Mittelmeerraum“, „Wirtschaftliche Aspekte der Sicherheitszusammenarbeit im Mittelmeerraum“ und „Der Wettbewerb der Sicherheits- und Kooperationskonzeptionen in der arabischen Welt“.

Zu den sonstigen Informationsaktivitäten zählen Besuche von Personen mit maßgeblichem Einfluß auf die öffentliche Meinung – von Wissenschaftlern, Journalisten und Regierungsvertretern – aus den am Mittelmeerdialog teilnehmenden Staaten in der NATO-Zentrale. Im Oktober 1998 wurden z.B. einige einflußreiche Besucher, die Institutionen wie das Iba-Khadun-Zentrum für Entwicklungsstudien in Ägypten, die Universität Nouakchott in Mauretanien und das Tunesische Institut für Strategische Studien vertraten, von der NATO über die Mittelmeerinitiative informiert. Parlamentarier des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses aller sechs am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten sind ebenfalls zu einer Informationsveranstaltung nach Brüssel eingeladen worden.

Ein weiteres wichtiges Element der Bemühungen um einen umfassenden Informationsaustausch war die Einrichtung von „Kontaktbotschaften“ in den am Mittelmeerdialog teilnehmenden Staaten, die im Mai 1998 von den Außenministern der NATO-Staaten beschlossen worden ist. Nach diesem System vertritt in einem am Mittelmeerdialog beteiligten Staat jeweils die Botschaft eines NATO-Mitglied-

(1)
Für weitere Einzelheiten zu diesem Dialog s. Jette Nordam, „Der Mittelmeerdialog: Beseitigung von Mißverständnissen und Aufbau von Vertrauen“, NATO BRIEF 4/97, S. 26-29.

(2)
Für weitere Einzelheiten zu der Konferenz in Rom s. Nicola de Santis, „Die Zukunft der Mittelmeerinitiative der NATO“, NATO BRIEF 1/98, S. 32-35.

(3)
Siehe F. Stephan Larrabee, Jerrold Green, Ian O. Lesser und Michele Zanini, „NATO's Mediterranean Initiative. Police Issues and Dilemmas“, Santa Monica, RAND, 1998.

staates das gesamte Bündnis; dies entspricht der Vorgehensweise, die sich seit 1992 in Mittel- und Osteuropa bewährt hat.

Zu den sonstigen zentralen Aspekten des NATO-Arbeitsprogramms für den Mittelmeerraum zählt die zivile Notfallplanung (Civil Emergency Planning – CEP). Einige Mittelmeerstaaten sind 1998 zur Teilnahme an mehreren CEP-Aktivitäten eingeladen worden, darunter Lehrgänge an der NATO-Schule in Oberammergau über die Zusammenarbeit des zivilen und des militärischen Sektors bei Naturkatastrophen oder durch den Menschen verursachten Katastrophen sowie Konferenzen und Seminare in Portugal, Österreich und Ungarn.

Darüber hinaus unterstützte die NATO gemeinsam mit den griechischen Behörden ein Seminar über „Die Verringerung der Zahl von Naturkatastrophen im Mittelmeerbecken", das speziell auf die Staaten des Mittelmeerdialogs zugeschnitten war und im November 1998 in Athen stattfand. Dieses Seminar führte zum ersten Mal Leiter von CEP-Ämtern der NATO-Staaten und der am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten zusammen. Die Veranstaltung bot sowohl ein Forum für den Informationsaustausch als auch eine Gelegenheit zu beruflichen und persönlichen Kontakten zwischen CEP-Experten.

Der Mittelmeerdialog der NATO hat mit Hilfe des Wissenschaftsprogramms des Bündnisses auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit gefördert. 1998 erhielten Wissenschaftler der am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten Fördermittel, die ihnen die Teilnahme an von der NATO finanzierten Arbeitstagungen für moderne Forschung und an Veranstaltungen von Instituten für fortgeschrittene Studien ermöglichten; außerdem wurden sie in die Vergabe von Fördermitteln für Kooperationsprojekte im Forschungsbereich wie auch in die Vergabe von Stipendien für Naturwissenschaftler einbezogen. Auf einer Arbeitstagung unter der gemeinsamen Leitung eines griechischen und eines israelischen Wissenschaftlers wurde beispielsweise das Thema „Neue optische Elemente für die Informationsspeicherung, -verarbeitung und -übermittlung" behandelt. An dieser Arbeitstagung nahmen auch Wissenschaftler aus Jordanien und Marokko teil.

Die militärische Dimension

Das Arbeitsprogramm hat auch eine militärische Dimension, und 1998 umfaßte es u.a. Einladungen an die am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten, NATO- und PfP-Übungen der See- und Landstreitkräfte zu beobachten, an bestimmten Seminaren und Arbeitstagungen teilzunehmen, militärische Stellen der NATO zu besuchen und mit der NATO ein Austauschprogramm für Stabsoffiziere in die Wege zu leiten. Im Programm werden auch Hafen-besuche des Ständigen Flottenverbands Mittelmeer (STANAVFORMED) in den am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten aufgeführt.

Die militärischen Behörden der NATO haben ein militärisches Konzept erarbeitet, das speziell auf die Staaten des Mittelmeerdialogs zugeschnitten ist und sich im wesentlichen aus drei Teilen zusammensetzt: aus Lehrgängen an der NATO-Schule in Oberammergau, aus Kursen und anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen an der Verteidigungsakademie der NATO in Rom sowie aus bestimmten Aktivitäten, die unter der Ägide des Alliierten Kommandobereichs Europa (ACE) und des Alliierten Kommandobereichs Atlantik (ACLANT) durchzuführen sind.

1998 nahmen Angehörige der am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten an der NATO-Schule in Oberammergau an Lehrgängen teil, die sich auf Themen wie Umweltschutz, friedenserhaltende Maßnahmen, multinationale Truppen, Durchführung von Verträgen auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungskontrolle und europäische Sicherheitszusammenarbeit bezogen. Angehörigen der am Dialog beteiligten Staaten wird auch ein Kurs über die Zusammenarbeit

Die NATO im Blickpunkt

Neuer Beigeordneter NATO-Generalsekretär für das Sicherheitsinvestitionsprogramm, Logistik und zivile Notfallplanung

NATO-Generalsekretär Javier Solana hat Øivind Bækken mit Wirkung vom 1. September 1998 zum neuen Beigeordneten Generalsekretär für das Sicherheitsinvestitionsprogramm, Logistik und zivile Notfallplanung ernannt.

Øivind Bækken (53) begann seine berufliche Laufbahn 1976, als er eine Stelle im norwegischen Verteidigungsministerium antrat. Zuvor hatte er an der Universität Oslo ein Wirtschaftstudium absolviert. Er hat auch in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz studiert und ist Absolvent der NATO-Verteidigungsakademie in Rom (1982).

Nachdem Øivind Bækken im norwegischen Verteidigungsministerium das Wehrbeschaffungsreferat geleitet hatte, war er drei Jahre für die norwegische NATO-Delegation tätig. 1986 kehrte er wieder nach Oslo zurück, wo er in führender Position für die Bereiche Planung und Haushalt und dann für den Materialbereich zuständig war. 1990 wurde er zum Leiter der Abteilung für Material und nationale Rüstung befördert und vertrat sein Land als nationaler Rüstungsdirektor sowohl in der NATO-Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren (CNAD) als auch in der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG). 1993 wurde er zum Leiter der Abteilung für Verteidigungsressourcen ernannt, und 1996 kehrte er als Verteidigungsreferent in die norwegische NATO-Delegation zurück. Im darauffolgenden Jahr wurde er wieder zum Abteilungsleiter sowie zum Sonderberater des Staatssekretärs für Ressourcenverwaltung im norwegischen Verteidigungsministerium ernannt. Diesen Posten hatte er inne, bis er im Internationalen Stab der NATO sein Amt als Beigeordneter Generalsekretär antrat.

zwischen dem zivilen und dem militärischen Sektor in Notfallsituationen angeboten, und angesichts des großen Interesses an Fragen der Krisenbewältigung soll für dieses Gebiet ebenfalls ein Lehrgang in das Unterrichtsprogramm aufgenommen werden.

Die Verteidigungsakademie in Rom bot im April 1998 erstmals einen Lehrgang für Generale und Admirale an, der speziell auf Vertreter der am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten zugeschnitten war und an dem sich alle sechs Dialogpartner beteiligten. Der Lehrgang, zu dessen Teilnehmern auch Vertreter von NATO-Staaten zählten, bot eine Gelegenheit, sich besser über aktuelle Bündnisthemen zu informieren und die Rolle der NATO auf dem Gebiet der Sicherheitszusammenarbeit in Europa zu erörtern; zudem behandelte er ausführlich alle Aspekte des Mittelmeerdialogs der NATO. Für Dezember 1998 war an der Verteidigungsakademie zudem ein Internationales Mittelmeerforschungsseminar geplant, mit dessen Hilfe die Verständigung zwischen Forschern und Sicherheitsexperten der NATO und ihrer Mitgliedstaaten einerseits und der am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten andererseits verbessert werden soll.

Was Übungen betrifft, so boten die beiden obersten NATO-Kommandobereiche den Staaten des Mittelmeerdialogs 1998 34 militärische Aktivitäten an, einschließlich der Beobachtung von PfP-Aktivitäten auf dem Gebiet der Such- und Rettungseinsätze, der Sicherheit auf See und der Sanitätstransporte; zudem wurden Übungen angeboten, die sich auf Maßnahmen zur Unterstützung des Friedens und auf humanitäre Hilfsoperationen bezogen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß drei der am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten – Ägypten, Jordanien und Marokko – bereits im Rahmen der unter der Leitung der NATO durchgeführten IFOR-/SFOR-Operationen in Bosnien und Herzegowina militärisch mit dem Bündnis zusammengearbeitet haben.

Ausbaufähigkeit

Die positive Bilanz des Jahres 1998 macht deutlich, daß der Mittelmeerdialog ausbaufähig ist. Eine Erweiterung ist sowohl in bezug auf die Teilnehmer als auch in inhaltlicher Hinsicht möglich. Zugleich sollten die am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten jedoch mehr Möglichkeiten erhalten, ihre Anliegen darzulegen und den Dialog im Einklang mit ihren besonderen Erfordernissen mitzugestalten. Es sollte verstärkt auf größere Transparenz bei Fragen hingearbeitet werden, die für die Bündnisstaaten und ihre Dialogpartner gleichermaßen von Bedeutung sind, einschließlich des Verteidigungs- und Sicherheitsbereichs. Eine förmlichere und speziell auf den Mittelmeerraum zugeschnittene Rahmenstruktur für die Zusammenarbeit könnte ebenfalls eine Möglichkeit bieten, die Zusammenarbeit der NATO mit den Staaten der Region zu stärken.

Der Mittelmeerdialog der NATO

Die politische Dimension:

- *Tagungen der Kooperationsgruppe Mittelmeer (MCG)*)*
- *politische Diskussionen in der Zusammensetzung „MCG+1"*
- *Ad-hoc-Informationsveranstaltungen in der Zusammensetzung „MCG+n"*

Die praktische Dimension:

- *Information*
- *zivile Notfallplanung*
- *Wissenschaft*
- *militärische Aktivitäten:*
  - *Lehrgänge an der NATO-Schule in Oberammergau*
  - *Kurse und Aktivitäten an der Verteidigungsakademie der NATO in Rom*
  - *spezifische Aktivitäten unter der Ägide der beiden obersten Kommandobereiche der NATO (ACE, ACLANT)*

* *Die MCG, der die Gesamtveratnwortung für den Mittelmeerdialog übertragen wurde, besteht aus NATO-Mitgliedstaaten, die in der Regel auf der Ebene der Politischen Referenten vertreten sind.*

Die Zukunft des Mittelmeerdialogs wird weitgehend von Entwicklungen in zwei anderen regionalen Foren beeinflußt werden, nämlich durch den Barcelona-Prozeß der EU und durch den Friedensprozeß im Nahen Osten. Beide Initiativen zielen darauf ab, die Stabilität zu erhöhen und die Sicherheitszusammenarbeit in der Region zu verbessern. Der Erfolg oder Mißerfolg dieser beiden sehr unterschiedlichen Prozesse wird mit erheblichen Folgen für die gesamte Region verbunden sein. Will die NATO, daß ihre eigenen Bemühungen um einen Brückenschlag von Erfolg gekrönt sind, so liegt es also im Interesse aller Bündnisstaaten, daß diese beiden Prozesse fortgeführt werden und zu positiven Ergebnissen führen.

Der Beitrag der NATO sollte darin bestehen, den Mittelmeerdialog weiter zu stärken, indem sie sich auf die Bereiche konzentriert, in denen sie eindeutig einen Vorsprung hat, nämlich auf den Verteidigungs- und den Sicherheitsbereich. Dies wird die Initiativen anderer Organisationen ergänzen und zu konstruktiven Beziehungen mit den am Mittelmeer gelegenen Nachbarstaaten der NATO beitragen. Vor diesem Hintergrund sollte die NATO in Erwägung ziehen, weitere Möglichkeiten der militärischen Zusammenarbeit zu entwickeln und die Teilnahme ihrer Dialogpartner an Friedensmissionen und anderen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Einsatz von Streitkräften auszubauen.

Der Erfolg des Mittelmeerdialogs der NATO ist davon abhängig, daß sich sowohl die NATO-Mitgliedstaaten als auch ihre Dialogpartner aktiv an ihm beteiligen und ihn nachdrücklich unterstützen, indem sie zusammenarbeiten, um das Vertrauen und die Transparenz zu schaffen, die für eine echte Partnerschaft unerläßlich sind. ◆

Die Ausbildung von Führungskräften für das 21. Jahrhundert: Eine Momentaufnahme des Marshall-Centers für Sicherheitsstudien

Robert Kennedy,
Direktor des Marshall-Centers für Sicherheitsstudien

Das George C. Marshall European Center in Garmisch, das 1993 von den Vereinigten Staaten und Deutschland gegründet wurde, ist eine Einrichtung, in der führende Vertreter des militärischen und zivilen Sektors aus Staaten des euro-atlantischen Raums gemeinsam lernen können, wie sich die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts bewältigen lassen. Durch seine Lehrgänge für die Bereiche Konfliktbewältigung, Verteidigungshaushalte und Fremdsprachen knüpft das Marshall-Center ein Kontaktnetz nationaler Sicherheitsexperten aus Ost und West. Professor Robert Kennedy legt dar, daß das Ziel des Marshall-Centers darin besteht, den Kursteilnehmern diejenigen Kenntnisse und zukunftsorientierten Konzeptionen zu vermitteln, die zur Bewältigung der Aufgaben des nächsten Jahrtausends erforderlich sein werden.

In der Geschichte gab es bisher nur wenige Gelegenheiten für einen derart grundlegenden Wandel in den zwischenstaatlichen Beziehungen, daß sich die Lebensbedingungen aller Völker verbessern konnten. Jetzt, nach dem Ende des Kalten Krieges und an der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend, haben wir die Chance, eine neue Gesellschaft aufzubauen, die wirklich einen Schlußstrich unter die Jahrhunderte der Konflikte zieht, die für das System der Nationalstaaten kennzeichnend waren.

Echte Veränderungen setzen Führungsstärke und visionäre Kreativität sowie eine gewisse Weisheit voraus, die aus der fortwährenden intensiven Auseinandersetzung mit den Fragen erwächst, denen sich unsere Völker und Staaten gegenübersehen. Diese Ära der großen Chancen ist zugleich eine Zeit, in der unser eigenes Wohlergehen untrennbar mit dem unserer Nachbarn verbunden ist. Nur wenn wir zusammenarbeiten, können wir eine stabilere, sicherere und wohlhabendere Zukunft erreichen. *Das George C. Marshall European Center for Security Studies* in Garmisch fördert die Führungsqualitäten, die Kooperationsbereitschaft und die Entschlossenheit, die erforderlich sind, um diese neue Staatengemeinschaft Realität werden zu lassen. Da das Marshall-Center Militärfachleute und nationale Sicherheitsexperten aus dem transatlantischen, europäischen und eurasischen Raum zusammenführt, kann es die Art von Diskussionen und Lösungsansätzen fördern, die zu echten Veränderungen führen können.

Diese einzigartige Bildungseinrichtung, die gemeinsam von Deutschland und den Vereinigten Staaten personell ausgestattet und finanziert wird, ist 1993 als bilaterale Einrichtung gegründet worden. Im Mittelpunkt des Lehrangebots des Marshall-Centers stehen Kurse für staatliche Bedienstete in höheren und mittleren Positionen; hinzu kommen Konferenzen und sonstige Forschungsaktivitäten. Das Marshall-Center zielt darauf ab, die Grundlagen für ein internationales Umfeld zu schaffen, das durch Frieden, Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt gekennzeichnet ist; dies soll durch Lehrgänge für militärische und zivile Führungskräfte erreicht werden, die

- das Verständnis dafür fördern, wie in einer Welt der gegenseitigen Abhängigkeit eine nationale Sicherheitsstrategie zu formulieren ist;
- das Verständnis für komplexe internationale Probleme vertiefen;
- partnerschaftliche und kooperative Beziehungen fördern;
- Dialog und einen offenen Meinungsaustausch unterstützen;
- die Achtung der Menschenrechte, der Verschiedenartigkeit, der Würde

Die Statue von General George C. Marshall vor dem Eingang zum Marshall-Center in Garmisch. (Foto: Marshall-Center)

des einzelnen Menschen und der demokratischen Institutionen stärken;

- gemeinsame Werte und gemeinsame Lösungsansätze für weltweite Probleme entwickeln.

Lehrgänge zu Verteidigungs- und Sicherheitsfragen

Das Marshall-Center bietet drei Arten von Lehrprogrammen zu Verteidigungs- und Sicherheitsstudien an, die für militärische und zivile Bedienstete aus dem europäischen und dem eurasischen Raum bestimmt sind, die in den Bereichen auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung sowie in anderen Fachbereichen tätig sind. Diese Aufbaulehrgänge, die regelmäßig überprüft und aktualisiert werden, konzentrieren sich auf die Frage, wie eine nationale Sicherheitsstrategie in einer Demokratie konzipiert und durchgeführt werden kann. Die Kurse stehen im Mittelpunkt der Bemühungen des Marshall-Centers um den Aufbau eines Netzes nationaler Sicherheitsexperten aus Ost und West. Am wichtigsten ist jedoch die Tatsache, daß die Kurse des Centers letztlich in den neuen Demokratien die Zukunft der demokratischen Reformen unterstützen werden.

Alle Lehrgänge werden in drei Sprachen abgehalten (Deutsch, Englisch und Russisch), und sie werden durch zusätzlichen Englisch- und Deutschunterricht ergänzt. Die Kursteilnehmer erhalten eine Computerschulung für Fortgeschrittene, und alle haben in ihren Zimmern einen Computer mit uneingeschränktem Internetzugang.

Der Lehrgang für Fachkräfte in leitenden Positionen

Jedes Jahr werden zwei *Lehrgänge für Fachkräfte in leitenden Positionen/hohe Offiziere* (Senior Executive Courses) angeboten, wobei sich jeder der beiden zweiwöchigen Kurse auf ein eigenes Thema konzentriert. Das Schwerpunktthema des diesjährigen Frühjahrskurses lautete „Die Erarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie und die Bewältigung des strategischen Wandels“, und der Herbstkurs behandelte das Thema „Die europäische Sicherheitsarchitektur und Operationen zur Unterstützung des Friedens“.

Ein Lehrgang dieser Art ist ein äußerst intensives praktisches Lernprogramm von hohem Wert, das auf Problemstellungen in den Bereichen demokratisches Verteidigungsmanagement und grenzüberschreitende Sicherheitsfragen ausgerichtet ist. Vorlesungen einer Reihe angesehener Dozenten, Vorträge, Seminardiskussionen, Berichte der Teilnehmer und praktische Übungen bieten den Kursteilnehmern ein breites Spektrum wertvoller Erfahrungen. Zu jedem Kurs können bis zu 60 hohe Offiziere, Parlamentarier und hochrangige Regierungsvertreter aus mehr als 30 Staaten zugelassen werden.

Der Lehrgang für Fachkräfte

Das umfangreichste Lehrprogramm des Marshall-Centers besteht in dem 15wöchigen *Kurs für Fachkräfte/höhere Offiziere* (Executive Course), der für Militärs der Dienstgrade Oberst und Oberstleutnant sowie für zivile Bedienstete vergleichbarer Ebenen bestimmt ist. In diesem zweigeteilten Kurs werden Fragen des Verteidigungsmanagements vor dem Hintergrund nationaler Sicherheitsprobleme behandelt, die für das derzeitige regionale und nationale Sicherheitsumfeld im europäischen und eurasischen Raum von Bedeutung sind.

Die Teilnehmer werden in sechs Seminargruppen eingeteilt, in denen sie zunächst über die derzeitigen strategischen Konzepte informiert werden und dann rasch dazu übergehen, besondere Methoden und Probleme der zivilen Kontrolle von Streitkräften in einer Demokratie zu erörtern. Die Kursteilnehmer, von denen viele ihre eigenen praktischen Erfahrungen einbringen, befassen sich mit den komplexen Fragen der nationalen Sicherheit und der militärischen Planung, und sie untersuchen die Bewältigung des strategischen Wandels sowie die Bereitstellung von Ressourcen im Rahmen der Planung des Verteidigungshaushalts. Dabei werden Modelle und Beispiele aus mehreren verschiedenen Ländern verwendet.

Die erste Hälfte des Lehrgangs für Fachkräfte/höhere Offiziere schließt mit einer längeren Studienreise in die Vereinigten Staaten ab. Die Teilnehmer besuchen die wichtigsten Einrichtungen der amerikanischen Regierung in Washington, einschließlich des Kongresses, des Obersten Gerichtshofs sowie des Verteidigungs- und des Außenmini-

Die NATO im Blickpunkt

Neuer Ständiger Vertreter Luxemburgs

Botschafter Jean-Jacques Kasel ist als Nachfolger von Paul Schuller zum neuen Ständigen Vertreter Luxemburgs im Nordatlantikrat ernannt worden.

Jean-Jacques Kasel (52) begann seine diplomatische Laufbahn 1973 im luxemburgischen Außenministerium. Drei Jahre später wurde er nach Paris entsandt, wo er Aufgaben im Zusammenhang mit der UNESCO übernahm und als stellvertretender Ständiger Vertreter seines Landes bei der OECD tätig war. Von 1979 bis 1981 war er persönlicher Referent Gaston Thorns, der zunächst stellvertretender Premierminister Luxemburgs und dann Präsident der EG-Kommission war. Nachdem er drei Jahre im Generalsekretariat des EG-Rates gearbeitet hatte, übernahm Jean-Jacques Kasel 1984 die Leitung der Ständigen Vertretung Luxemburgs bei der EG.

1986 wurde er im luxemburgischen Außenministerium zum Leiter der Abteilung für politische und kulturelle Angelegenheiten ernannt, und drei Jahre später wurde er Botschafter mit Zuständigkeit für Griechenland (Sitz: Luxemburg). 1992 wurde er zum Botschafter und Ständigen Vertreter Luxemburgs bei der EG ernannt, und 1997 übernahm er den Vorsitz des Ausschusses der Ständigen Vertreter des EU-Ministerrates. Sein Amt bei der NATO trat Jean-Jacques Kasel am 1. August 1998 an.

steriums. Während des Aufenthaltes in New York stehen in der Regel Besuche bei dem Fernsehsender ABC Television, bei der New Yorker Börse und bei der Polizei auf dem Programm. Alle Reiseabschnitte sind auf den Lehrplan des Kurses abgestimmt, und für die Lehrveranstaltungen sind dann leitende Mitarbeiter der verschiedenen Einrichtungen zuständig. Ein Besuch bei den Vereinten Nationen stimmt die Teilnehmer auf die zweite Kurshälfte ein.

In der zweiten Hälfte des Kurses liegt der Schwerpunkt auf der Vielfalt der derzeitigen Sicherheitsprobleme sowie auf den multilateralen Möglichkeiten zur Wahrung der Stabilität und zur Förderung des Friedens. Vorlesungen und Seminardiskussionen befassen sich beispielsweise mit ethnischen und nationalen Konflikten, mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, mit Fragen des Terrorismus und mit Umweltproblemen. Die Teilnehmer untersuchen auch Fragen im Zusammenhang mit dem Einsatz multinationaler Streitkräfte wie der IFOR-/SFOR-Truppen in Bosnien und Herzegowina. Ferner reisen sie nach Brüssel und nach Bonn, um einen besseren Einblick in die Arbeit der Europäischen Union, der NATO, der Westeuropäischen Union und der Regierung der Bundesrepublik zu gewinnen.

Den Schlußpunkt dieses Lehrgangs bildet eine Übung, in deren Rahmen die Kursteilnehmer ihre neuen Kenntnisse auf die jeweilige Lage in ihrem eigenen Land anwenden. Sie arbeiten in Ländergruppen zusammen und erarbeiten eine nationale Sicherheitsstrategie, eine unterstützende nationale Militärstrategie sowie Streitkräftestrukturen und Verteidigungshaushalte für einen Zeitraum von zehn Jahren. Danach verfassen sie einen Bericht für eine Gruppe von Lehrkräften, welche die Rolle des Präsidenten, des nationalen Sicherheitsberaters, des Verteidigungsministers, des Außenministers, der Abgeordneten und der Bündnispartner oder benachbarter Staaten spielen. Die Ergebnisse dieses Rollenspiels werden anschließend vier Tage lang in Unterrichtsveranstaltungen äußerst kritisch geprüft.

Wir fördern unverändert eine starke Beteiligung der NATO-Mitgliedstaaten und der drei beitretenden Staaten – Polen, der Tschechischen Republik und Ungarns – an diesem einzigartigen Lehrprogramm auf der Ebene einer multinationalen „Verteidigungs-/Militärakademie“. Dieser Kurs ist in der beruflichen Laufbahn eines bestimmten Teilnehmers vielleicht die einzige Gelegenheit, weitverzweigte Kontakte zu führenden Vertretern des militärischen und des zivilen Bereichs aus mehr als 30 Staaten – vom Atlantik bis nach Zentralasien und noch darüber hinaus – zu knüpfen und sich an einem Gedankenaustausch über Strategien zur Bewältigung der Aufgaben und der neuen Gefahren zu beteiligen, denen sich die euroatlantische Staatengemeinschaft gegenübersieht.

Führungsstäbe für das 21. Jahrhundert

Die jüngste Erweiterung des Angebots des Marshall-Centers besteht in einem neunwöchigen *Stabslehrgang* (Leaders Course) für Majore und Hauptleute sowie für die entsprechenden Positionen im zivilen Bereich; es handelt sich um diejenigen, die in Zukunft in Nordamerika, Europa und Eurasien führende Positionen bekleiden werden. Vorträge, Vorlesungen, Felduntersuchungen, praktische Übungen und auf spezielle Anforderungen zugeschnittene Wahlfächer sollen die künftigen Führungskräfte intensiver über die allgemeinen Sicherheitsfragen nachdenken lassen, mit denen ihre Staaten konfrontiert sein werden. Immer wieder aufzugreifende Themen wie Führungsstile und ethische Fragen werden während des gesamten Kurses vertieft. Die Kursteilnehmer besuchen zudem die NATO-Zentrale in Brüssel, das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte in Europa (SHAPE), nachgeordnete NATO-Kommandos, die Bundeswehrhochschule in München und einen Rüstungsbetrieb.

Stipendiaten des Marshall-Centers

Das Marshall-Center nimmt auch *Stipendiaten* auf, die in der Regel an Kursen zu Verteidigungs- und Sicherheitsfragen teilnehmen und im allgemeinen als Forscher und/oder Lehrkräfte ein Jahr am Center bleiben. Die Stipendiaten des Marshall-Centers können aus dem zivilen oder aus dem militärischen Sektor kommen, und sie werden normalerweise von ihrem jeweiligen Außen- oder Verteidigungsministerium oder auch von einer anderen staatlichen Stelle finanziell unterstützt.

Stipendiaten des Marshall-Centers sind keine Beobachter. Sie sind Vertreter ihres jeweiligen Landes und nehmen uneingeschränkt an den für sie relevanten Unterrichtsveranstaltungen teil. Am Ende ihres Kurses verfassen sie für ihre Regierung einen detaillierten Bericht über ihre Arbeit am Marshall-Center.

Sonstige Programme

Neben den Lehrgängen zu Verteidigungs- und Sicherheitsfragen und dem Stipendiatenprogramm bietet das Marshall-

Die NATO im Blickpunkt

Neuer Ständiger Vertreter Islands

Botschafter Gunnar Pálsson ist als Nachfolger von Thorsteinn Ingólfsson zum neuen Ständigen Vertreter Islands im Nordatlantikrat ernannt worden.

Gunnar Pálsson (43) hat an Universitäten in Irland, Deutschland und den Vereinigten Staaten (New York) studiert und war als Journalist tätig, bevor er 1984 in das isländische Außenministerium eintrat. Nachdem der von 1986 bis 1988 im Internationalen Stab der NATO in der Abteilung für politische Angelegenheiten gearbeitet hatte, kehrte er ins Außenministerium nach Reykjavik zurück. Zwei Jahre später wurde Gunnar Pálsson zum Botschafter mit Zuständigkeit für die KSZE und die VSBM- und KSE-Verhandlungen in Wien ernannt. 1992 kehrte er als stellvertretender Leiter der Abteilung für politische Angelegenheiten erneut ins isländische Außenministerium zurück, und zwei Jahre später wurde er zum Botschafter seines Landes bei den Vereinten Nationen in New York ernannt; diesen Posten hatte er inne, bis er im September 1998 sein Amt als Ständiger Vertreter bei der NATO antrat.

Center vier weitere Programme an; sie betreffen die Bereiche Forschung, Konferenzen, Auslandsstudien und Sprachen. Durch die Forschungsprojekte werden führende Wissenschaftler aus Nordamerika, West-, Mittel- und Südeuropa, Rußland und Eurasien in interdisziplinäre Forschungsvorhaben eingebunden. Zu den Beispielen für die Forschungsaktivitäten der letzten Zeit zählen Untersuchungen mit dem Titel „Föderalismus und Dezentralisierung in Mittel- und Osteuropa“, „Das Militär in Staaten mit gemeinsamen Gefahren“ und „Friedenskämpfer: Spannungsherde bei komplexen kulturellen Begegnungen“. Viele Projekte führen zur Veröffentlichung wissenschaftlicher Aufsätze und Bücher. Die Forschungsabteilung des Centers unterstützt auch die Erarbeitung von Unterrichtsmaterial und von Konferenzunterlagen.

Durch unser Konferenzprogramm organisieren wir jährlich 16 Konferenzen zu einer Vielfalt sicherheitsrelevanter Fragen. Diese multinationalen, regionalen oder bilateralen Konferenzen und Seminare sind auf sehr hochrangige Vertreter eines breiten Spektrums staatlicher Stellen ausgerichtet. Der größte Teil des Konferenzprogramms wird aus Mitteln der Partnerschaft für den Frieden finanziert. Ungefähr jede zweite Konferenz findet am Marshall-Center selbst statt; die anderen Konferenzen werden in Gaststaaten ausgerichtet.

Das *Auslandsstudienprogramm* von 18 Monaten Dauer bereitet Militärs und zivile Bedienstete aus den Vereinigten Staaten und aus anderen Ländern auf zentrale Aufgaben im Zusammenhang mit Mittel-, Ost- und Südeuropa, Rußland und den eurasischen Staaten vor. Die Ausbildung umfaßt einen Sprachunterricht auf fortgeschrittener Ebene (Russisch, Ukrainisch und andere Sprachen), politisch-militärische und regionale Studien sowie Praktika, in deren Verlauf die Kursteilnehmer in den einschlägigen Staaten leben und arbeiten. Weitere Erfahrungen sammeln die Kursteilnehmer durch das enge Zusammenspiel mit Teilnehmern an Kursen für Fachkräfte und die Teilnahme an ausgewählten Konferenzen des Marshall-Centers.

Das *Fremdsprachenzentrum Europa* (Foreign Language Traning Center Europe) bietet Sprachinteressierten des militärischen und des zivilen Sektors für neun Sprachen verschiedene Formen von Sprachunterricht (Kurse mit Lehrkräften, Unterricht im jeweiligen Land und computergestützte Sprachausbildung). Neben dem Unterricht zum Auffrischen bereits vorhandener Kenntnisse bereiten Dolmetscherkurse, die gezielt auf das Fachvokabular der Bereiche Vor-Ort-Inspektionen, friedenserhaltende Maßnahmen sowie Teilnahme an gemeinsamen, teilstreitkraftübergreifenden Übungen ausgerichtet sind, die Sprachexperten auf ihre besonderen Aufgaben vor.

Kontakte knüpfen

Einer der wichtigsten Aspekte der vom Marshall-Center angebotenen Programme besteht darin, daß Fachleute verschiedener Bereiche hier die einzigartige Chance haben, eine Zeitlang mit ihren Kollegen aus anderen Staaten zusammenzukommen und gemeinsam mit ihnen zu lernen. Beispielsweise haben Kursteilnehmer aus den Vereinigten Staaten, Italien, Georgien und Turkmenistan die Gelegenheit, voneinander zu lernen. Vertreter von NATO-Staaten, von NATO-Beitrittskandidaten, von Mitgliedern des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates und von anderen Ländern können auf der Grundlage der Gleichberechtigung zusammenkommen, um Lösungen für gemeinsame Probleme zu erarbeiten.

Ein russischer (links) und ein deutscher Kursteilnehmer während des Lehrgangs für Fachkräfte 98-1. Die gemeinsamen Erfahrungen während des Lehrgangs am Marshall-Center bilden das Bindeglied zwischen ihnen. (Foto: Marshall-Center)

Diese Kontakte hören nicht auf, wenn die Lehrgänge und Konferenzen vorbei sind. Inzwischen kann das Center schon mehr als 800 Kursabsolventen, 3 500 Konferenzteilnehmer und mehr als 7 000 Fremdsprachenexperten vorweisen, die ein Netz von Kontakten aufrechterhalten, das sich vom Atlantik bis zum Ural erstreckt und sogar noch darüber hinausgeht.

Die Kurse, Konferenzen und sonstigen Lehrprogramme bilden zwar nach wie vor den Schwerpunkt der Arbeit des Centers, aber das Marshall-Center ist inzwischen auch Teil eines Austausch- und Lernprozesses zwischen ähnlichen Ausbildungsinstitutionen für den Verteidigungs- und Sicherheitsbereich geworden. Die Vereinigten Staaten und Deutschland boten erst vor kurzem das Marshall-Center als Interimssekretariat für einen Zusammenschluß von Verteidigungsakademien und Sicherheitsinstituten aus EAPR-Staaten an. Die erste Tagung des neuen Verbandes fand am 20. und 21. Oktober 1998 in Zürich statt. An der PfP-Arbeitstagung des Verbandes nahmen 125 Personen teil, darunter 85 Delegierte, die von 42 Staaten des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates entsandt worden waren.

Dies ist lediglich ein Beispiel für die Bemühungen des Centers, die von ihm gelehrten Prinzipien auch in die Praxis umzusetzen.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß das Center eine lebendige Institution ist, die sich täglich erneuert. Seine Zukunft wird von seinem Personal, seinem Lehrkörper, den Kursteilnehmern und den beteiligten Staaten bestimmt. Letztlich wird man den Erfolg des Centers daran ablesen können, ob es Zusammenarbeit und gemeinsame Zielsetzungen fördern kann, wenn Vertreter aller Staaten gemeinsam den Herausforderungen des neuen Jahrtausends entgegentreten. ◆

Die NATO Training Group: Ausbildung in der Allianz

Oberstleutnant i.G. Rainer Scholl

Grundsätzlich ist die Ausbildung des einzelnen Soldaten stets eine nationale Aufgabe gewesen, andererseits wird jedoch argumentiert, daß ein gemeinsamer Ausbildungsansatz notwendig ist, wenn unsere Streitkräfte wirksam zusammenarbeiten sollen. Dies ist der Aufgabenbereich der NATO Training Group, einer Spezialorganisation, die dem Militärausschuß der NATO nachgeordnet ist und mit der Koordination der individuellen Ausbildung in den NATO-Mitgliedstaaten und in immer größerem Umfang auch in den Partnerstaaten betraut ist. Oberstleutnant Scholl ist der Sekretär der NATO Training Group und wirkt vom deutschen Verteidigungsministerium in Bonn aus.

Die Öffnung der NATO für neue Mitglieder, der SFOR-Auftrag in Bosnien, Crisis-Management-Übungen, CJTF-Übungen, Aktivitäten im Rahmen der Initiative Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace (PfP)) und andere multinationale Vorhaben sind Kernmerkmale des Bündnisses von heute. Grundlegender Bestandteil des Erfolgs dieser und anderer Maßnahmen ist die Ausbildung des einzelnen Soldaten, die gleichzeitig Vorbedingung für die Arbeit in den Stäben ist.

Die NATO Training Group koordiniert individuelle Ausbildungsvorhaben in den NATO-Staaten; seit 1994 sind auch Partnerstaaten beteiligt. In einer Zeit schwindender Ressourcen in der NATO und in ihren Mitgliedstaaten stellt sie ein gemeinsames Informationssystem für die Staaten und die NATO-Kommandobehörden in Bezug zu nationalen Ausbildungskapazitäten dar, sorgt für gemeinsame bi- und multinationale Ausbildungsmaßnahmen im weiten Bereich der Individual-Ausbildung und hilft bei Erhalt und Erweiterung von Ausbildungskapazitäten. Sie leistet damit einen Beitrag zur Erkennung und Umsetzung von Rationalisierungsmöglichkeiten für die individuelle Ausbildung in allen Teilstreitkräften.

Beachtenswerte Projekte in diesem Zusammenhang sind: Das EURO/NATO Joint Jet Pilot - Training Programme (ENJJPT) unter der Zuständigkeit der Air Force Sub Group, ein Programm, das seit den 70er Jahren in den Vereinigten Staaten durchgeführt wird; das EURO/NATO Training Engineer Centre (ENTEC) in München und das „Fighting in Builtup Areas Training“ (FIBUA/MOUT) in Großbritannien, für die beide die Army Sub-Group zuständig ist; der NATO-Logistik-Lehrgang und die Aktivitäten des „Bureau for International Language Coordination“ (BILC) im Zuständigkeitsbereich der Joint Services Sub-Group. Beispiel für andere Projekte, die von den Sub-Groups der NTG initiiert oder durchgeführt worden sind: Schaffung technischer Ausbildungshilfsmittel, Kommandobrücken-Simulatoren der Marine, Einrichtung von Lehrgängen in der Führerausbildung und Hubschrauberführergrundausbildung.

Sämtliche Projekte werden jährlich überprüft: Überholte Projekte werden storniert, neue werden erörtert und – nach Annahme durch die Mitglieder der NTG – ausgearbeitet und durchgeführt.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich – parallel zu den gesamten, nach außen gerichteten Aktivitäten der NATO – der

Angehörige einer französischen Spezialtruppe beim Verlassen eines Hubschraubers im Rahmen einer Rettungsübung auf dem Truppenübungsplatz Canjuers, Frankreich. (Foto: Reuters)

▶

Schwerpunkt in Richtung PfP verschoben, wobei besonderer Wert auf Interoperabilität mit der NATO auf einer Vielzahl von Gebieten gelegt wurde, einschließlich der Verbesserung von Sprachfertigkeiten. Den Partnerstaaten sind über die Sub-Groups der NTG geeignete Ausbildungsmöglichkeiten angeboten worden, die in das Partnerschafts-Arbeitsprogramm aufgenommen worden sind. Vertreter der PfP-Staaten nehmen an den Sitzungen der Sub-Groups teil, eine zufriedenstellende Beteiligung der Partnerstaaten ist erreicht worden.

Struktur und Arbeitsmethoden der NTG

Die NTG ist innerhalb der NATO die einzige Organisation, die sich mit der Koordinierung von Ausbildungsvorhaben für einzelne Soldaten befaßt. Zur Zeit verfügt die NTG nicht über hauptamtlich tätiges Personal; die anfallende Arbeit wird von Offizieren der NATO-Staaten verrichtet, die neben ihren hauptamtlichen Funktionen in den jeweiligen nationalen Streitkräften viel zusätzliche Energie in diese Aufgabe investieren.

Die NTG umfaßt verschiedene Untergruppen (Sub Groups) und Arbeitsgruppen (Working Groups) für Ausbildungsaspekte der Teilstreitkräfte, für teilstreitkraftübergreifende Gebiete sowie für finanzielle Themen. Der Vorsitzende der NTG, der seit 1970 von der Bundesrepublik Deutschland gestellt wird, kommt zweimal jährlich mit den Sub-Group Chairmen zusammen, um laufende Maßnahmen zu koordinieren und relevante neue Entwicklungen in der NATO zu erörtern, die Einfluß auf die Ausbildung haben könnten. Unterstützung leisten dabei Vertreter des Internationalen Militärstabes der NATO (IMS) und der Partnerschaftskoordinierungszelle (PCC) sowie ggf. Vertreter anderer NATO-Behörden.

Der Großteil der konkreten NTG-Arbeit wird in den Untergruppen geleistet, die die Fachgremien für die Ausbildung sind. Die Untergruppen wiederum richten je nach Bedarf Arbeitsgruppen ein, die sich mit der Planung und Durchführung neuer Ausbildungsprojekte sowie mit der Untersuchung von speziellen Problembereichen befassen. Die einzelnen Staaten entscheiden, welchen Ausbildungsvereinbarungen sie beitreten möchten und welche Beiträge sie selbst leisten möchten.

Die Teilstreitkraftübergreifende Untergruppe (Joint Services Sub Group – JSSG)

Die JSSG wirkt als multinationales Gremium für individuelle Ausbildung mit dem Ziel, eine teilstreitkraftübergreifende Koordination zu erreichen. Sie bildet ein Forum für entsprechende Fachleute (meist) aus den Verteidigungsministerien der Mitgliedsländer, die Informationen austauschen; sie regt zur Zusammenarbeit und gegenseitigem Verständnis im Hinblick auf multinationale und teilstreitkraftübergreifende individuelle Ausbildung unter den Mitgliedstaaten an, indem ihnen eine Vielzahl von Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Die JSSG verbessert die Kostenwirksamkeit, indem Ausbildungskapazitäten, -einrichtungen und -technik nach Möglichkeit gemeinsam genutzt werden (z.B. bei der Grundausbildung für Hubschrauberführer), und sie trägt zur Verbesserung der Interoperabilität bei, indem einheitliche Qualifikationsnormen für die teilstreitkraftübergreifende individuelle Ausbildung geschaffen werden.

Wird einem Bedarf durch vorhandene Projekte nicht angemessen Rechnung getragen, so regt die JSSG neue Ausbildungsmöglichkeiten an, beispielsweise den NATO-Logistiklehrgang, den Lehrgang für Waffensystem-Management oder den NATO/PfP Operational Staff Officers' Course.

Es gibt zwei ständige Arbeitsgruppen im Zuständigkeitsbereich der JSSG: Die Arbeitsgruppe Individual Training & Education Development (WG IT&ED) und die Arbeitsgruppe für ABC-Abwehr.

Die NATO im Blickpunkt

Neuer Ständiger Vertreter Deutschlands

Botschafter Joachim Bitterlich ist mit Wirkung vom 1. Dezember 1998 als Nachfolger von Dr. Hermann Freiherr von Richthofen zum neuen Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Nordatlantikrat ernannt worden.

Joachim Bitterlich (50) studierte an der Universität Saarbrücken Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Politologie, danach studierte er in Frankreich an der École Nationale d'Administration (ENA), bevor er 1976 einen Attachélehrgang des Auswärtigen Amts begann. Nachdem er drei Jahre in Algier tätig gewesen war, wurde Joachim Bitterlich 1981 zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EG entsandt. Vier Jahre später kehrte er als persönlicher Referent des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher nach Bonn zurück. 1987 wurde Joachim Bitterlich im Bundeskanzleramt zum Leiter des Europareferats ernannt. Im Juni 1993 übernahm er im Bundeskanzleramt die Leitung der Abteilung für Auswär-tige Beziehungen, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Entwicklungspolitik und wurde außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl; dieses Amt bekleidete er bis Ende Oktober 1998.

Die Untergruppe Heer (Army Sub Group – ASG)

Die ASG, eine multinationale Gruppe bestehend aus Spezialisten für Heeresausbildung, unterstützt die NTG, indem sie ein Forum für Erörterungen und Entwicklungen von kooperativen Ausbildungsmöglichkeiten darstellt, die für die Landstreitkräfte von Interesse sind. Sie verfügt über fünf hochspezialisierte Arbeitsgruppen: Die Arbeitsgruppe Training Simulation (TSWG), Environmental Training (ETWG), Fighting in Built-up Areas / Military Operations in Urban Terrain (FIBUA/MOUT WG), International Long Range Reconnaissance Patrol School (ILRRPS WG) und EURO/ NATO Training Engineer Centre (ENTEC WG). Die

Ein spanischer Fallschirmjäger im August 1998 während der NATO/PfP-Ausbildungsübung Cooperative Assembly 98, als er über dem Militärlager Bize in der Nähe von Tirana aus einem Flugzeug abspringt. (Foto: AP)

ASG ist auf äußerst unterschiedlichen Gebieten tätig. Ihre Aufgaben reichen von der Bereitstellung eines Forums für nationale Experten zur Erörterung von Entwicklungen und Grundsätzen in der Ausbildung über die Verantwortung für bestimmte Lehrgänge (z.B. für den NATO-Lehrgang für FIBUA-Ausbilder, der zweimal jährlich in Großbritannien durchgeführt wird) bis hin zur multinationalen Ausbildung an nationalen Schulen (beispielsweise ILRRPS, ENTEC). Zu weiteren Aktivitäten der ASG gehören unter anderem Winterkampf-Lehrgänge in Norwegen und Seminare und Workshops für Stabsoffiziere über Planung und Management von Ausbildung.

Die Mehrzahl dieser Maßnahmen steht auch den Partnerstaaten der PfP offen. Die aktuellste Entwicklung in bezug auf die Partnerstaaten ist der PfP Junior Staff Officers' Course, ein Lehrgang für jüngere Stabsoffiziere, der es diesen Offizieren aus PfP-Staaten ermöglicht, sich neben der sprachlichen Fortbildung mit Stabsverfahren in NATO-Stäben vertraut zu machen.

Die Untergruppe Luftwaffe (Air Force Sub Group – AFSG)

In der AFSG werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtert und entwickelt, die auf den Bedarf und die Interessen der Luftstreitkräfte zugeschnitten sind. Arbeitsschwerpunkte sind die gemeinsame Strahlflugzeugführerausbildung, die schon seit vielen Jahren durchgeführt wird, sowie die Lufteinsatz-Ausbildung. Die Arbeitsgruppe Aircrew Human Factors Working Group (AHFWG) befaßt sich mit Untersuchungen von ergonomischen Faktoren für Luftfahrzeugbesatzungen. Eine zweite Arbeitsgruppe ist die Way Ahead Working Group, die Zukunftsperspektiven untersucht.

Die Untergruppe Marine (Naval Sub Group – NSG)

Die NSG ist das Experten-Forum für Erörterung und Entwicklung von kooperativen Ausbildungsmöglichkeiten, die die gesamte Bandbreite der einsatzbezogenen Marineausbildung, technischer Ausbildungshilfen, akademischer Ausbildung und auch des Umweltschutzes einnehmen. Es gibt keine spezialisierten Arbeitsgruppen in der NSG.

Die NSG gibt regelmäßig einen Katalog heraus, der alle Lehrgänge umfaßt, die den Partnerstaaten von NATO-Staaten angeboten werden; einschließlich einer Vielzahl von Ausbildungsmaßnahmen der Seestreitkräfte, mit denen die Interoperabilität gefördert werden soll.

Die Untergruppe Finanzen (Financial Sub Group – FSG)

Die FSG ist ein multinationales Gremium mit Zuständigkeit für Standardisierung von Grundsätzen und Verfahren des Finanzwesens. Fachkräfte beraten und unterstützen den Vorsitzenden der NTG sowie die anderen Sub-Groups im

Hinblick auf Finanzangelegenheiten, die mit allen Aspekten der Individualausbildung zusammenhängen; Ziel ist, Kostenwirksamkeit und Effektivität der teilstreitkraftübergreifenden und multinationalen individuellen Ausbildung zu verbessern.

Die Perspektive

Die NTG hat ihren Wert und ihre Kompetenz im Hinblick auf Koordination, Standardisierung und Harmonisierung der Ausbildung im Bündnis bewiesen. Sie wird von den NATO-Staaten vorbildlich unterstützt, und zwar sowohl durch qualifiziertes Personal für die Arbeitsgruppen als auch durch die Bereitstellung von Einrichtungen für die Ausbildung und für Tagungen; auch die Zusammenarbeit mit den PfP-Staaten hat sich gut entwickelt.

Die NTG kann und wird sich jedoch nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Die Interoperabilität zwischen den NATO-Mitgliedern und den Partnerstaaten ist auch künftig ein umfassendes und bedeutendes Betätigungsfeld, einschließlich der Beseitigung von Sprachproblemen. Für die NATO und ihre Partnerstaaten stellt sich in Zukunft die Aufgabe, dem gesamten Bereich der Ausbildung mehr institutionelle Aufmerk-samkeit zu widmen: Multinationale Übungen, NATO-Engagements wie z.B. SFOR, Analysen – und daraus Folgerungen für die Ausbildung aller zu ziehen, zum Nutzen der militärischen Leistungsfähigkeit der Allianz in ihrer Gesamtheit, das ist das Ziel.

Weitergehende Informationen über die NATO Training Group, ihre Geschichte und Organisation, zu ihren Arbeitsverfahren, zu Aufgaben und Aktivitäten der Sub-Groups, sind im NTG-Handbuch (März 1997; nur in Englisch) enthalten. Es kann bezogen werden bei:

Bundesministerium der Verteidigung
Fü S III 3 – Postfach 1328
NTG-Sekretär
53003 Bonn
Bundesrepublik Deutschland

Die NATO im Blickpunkt

Historischer Besuch: Schiffe der NATO laufen St. Petersburg an

Auf Einladung Rußlands liefen im Oktober 1998 sieben Schiffe verschiedener NATO-Staaten St. Petersburg an, dem sie einen viertägigen Besuch von historischer Bedeutung abstatteten. Dies war das erste Mal, daß Schiffe des Ständigen NATO-Flottenverbands Atlantik (STANAVFORLANT) einen russischen Hafen anliefen, und dieser Besuch läßt die positive Entwicklung der transatlantischen Sicherheit erkennen und ist Ausdruck der sich herausbildenden Partnerschaft zwischen der NATO und Rußland.

In der Zeit vom 8. bis 12. Oktober 1998 besichtigten etwa 15 000 Besucher die Schiffe (Zerstörer bzw. Fregatten), die im Hafen von St. Petersburg ankerten.

STANAVFORLANT ist das erste in Friedenszeiten eingesetzte ständige multinationale Marinegeschwader der Welt. Es handelt sich um einen Eingreifverband, der im Laufe von mehr als 30 Jahren kontinuierlicher Operationen die Entschlossenheit und die Solidarität der Bündnispartner unter Beweis gestellt hat.

Russische Kinder am 9. Oktober 1998 in St. Petersburg, in dessen Hafen sie sich das kanadische Schiff „Montreal" ansehen. (Foto: Reuters)

nordatlantikvertragsorganisation

belgien
dänemark
deutschland
frankreich
griechenland
grossbritannien
island
italien
kanada
luxemburg
niederlande
norwegen
portugal
spanien
türkei
usa